

Erinnerungen an die Studienjahre 1968/69 und 1969/70 an der Montanistischen Hochschule Leoben

Günter B. L. Fettweis, Leoben

1. Vorbemerkungen.
2. Besondere Arbeitsbedingungen der betrachteten Zeit:
 - a) 68er-Bewegung und Leobener Hochschulkonvent,
 - b) Schlussphase der Bauarbeiten an den Neubauten der Hochschule,
 - c) Schlussphase der Beratungen zum Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen,
 - d) Tiefpunkt der Neuinskriptionen,
 - e) Höhepunkt politisch motivierter Antipathien.
3. Zur 68er-Bewegung und zur Studienreform in Leoben.
4. Zur Raumverteilung und zum Übersiedeln in die Neubauten.
5. Zu den Aktivitäten zur Bestandssicherung und Weiterentwicklung der Hochschule, insbesondere durch die neuen Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften.
6. Zu den Abwehraktivitäten:
 - a) Abwehr eines Angriffs auf die Existenz der Hochschule,
 - b) Bemühungen um den Namen Universität,
 - c) Sicherung der Gründung eines Instituts der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Leoben.
7. Zu den Aktivitäten zur Verbesserung des Bekanntheitsgrades.
8. Resümee und ergänzende Bemerkungen.
9. Anlagen und Anmerkungen.
10. Schrifttum*.

1. Vorbemerkungen

Der Berichterstatter war in den Studienjahren 1968/69 und 1969/70 Rektor der Montanistischen Hochschule in Leoben, wie die Montanuniversität Leoben bis 1975 hieß. Der vorliegende Aufsatz schließt an eine Arbeit über diese Zeit an, die vor Kurzem in der hüttenmännischen Ausgabe der BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte erschienen ist – auf Wunsch der Redaktion in zwei Teilen – und die sich mit der damaligen Entstehung der Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften befasst (1,2). Diese Arbeit geht auf ein an den Berichterstatter gerichtetes Ersuchen seines Leobener Kollegen Professor Dr. Klaus Lederer, Ordinarius für die Chemie der Kunststoffe, vom 24. September 2007 zurück, zu dessen Entwurf einer Denkschrift „Die Montanisten und die Kunststofftech-

nik“ einen „kritischen Kommentar“ abzugeben. Die in diesem Zusammenhang aufgefrischten Erinnerungen des Berichterstatters an die betreffende Zeit haben ihm die Anregung gegeben, zusätzlich den vorliegenden Aufsatz zu schreiben.

In der betrachteten Zeit war das Universitätsmanagement, soweit es zu den Aufgaben von Rektor und Professorenkollegium gehörte, mit einer Reihe von ungewöhnlichen und daher zusätzlichen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Dies betraf nicht nur die sog. „68er-Bewegung“ und die von dieser geforderte Studienreform, sondern auch mehrere Sachverhalte einmaliger Art, die zum Teil – wie der damalige tiefste Stand der Neuinskriptionen in der Nachkriegszeit – für die Hochschule und ihr Wirken eine existentielle Bedeutung besaßen. Entsprechend waren in den beiden Studienjahren auch einige spezielle und teilweise weitreichende Aktivitäten notwendig. Dazu gehörten als Maßnahmen zur Bestandssicherung der Hochschule die Einführung der Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften (1,2) zusätzlich zu denen des Gesteinshüttenwesens, des Montanmaschinenbaus und der Montangeologie, die bereits in den Jahren vorher eingerichtet bzw. vorbereitet worden waren, außerdem die Abwehr eines hoch angesiedelten Angriffs auf die Existenz der Hochschule, weiter der Kampf um den Namen „Universität“, welcher Leoben als kleiner so genannter „Fachhochschule“ zunächst nicht zugesprochen werden sollte, sowie die Sicherstellung des in Planung befindlichen Instituts der Akademie der Wissenschaften für Festkörperphysik in Leoben gegenüber Kräften, die dies verhindern wollten, offensichtlich auch motiviert durch politisch bedingte Antipathien der Leobener Hochschule gegenüber. Es mag mit den damit umrissenen Umständen und Besonderheiten der betrachteten Zeit zusammenhängen, dass sich in einem 1996 verfassten Aufsatz des Ordinarius für Metallkunde und Werkstoffprüfung sowie Rektors der Studienjahre 1987/88 bis 1990/91, Professor Dr. mont. Dr. h. c. Franz Jeglitsch, die Aussage findet: „Der große Aufbruch der Montanuniversität Ende der 60er Jahre...“ (3).

In den Ausführungen über seine Amtszeit als Rektor, die der Berichterstatter schon während oder kurz nach dieser Zeit publiziert hat (4-9), konnten von den genannten Besonderheiten allerdings aus verschiedenen Gründen, darunter insbesondere solchen der Diskretion, eine Reihe von Sachverhalten entweder überhaupt nicht oder nur unzureichend oder nur in einer Form dokumentiert werden, die ausschließlich für Eingeweihte verständlich

*Hochgestellte Ziffern beziehen sich auf die Anlagen und Anmerkungen zu diesem Text, in Klammern gesetzte Ziffern auf das Verzeichnis des Schrifttums am Ende des Aufsatzes.

war. Heute sind seitdem aber rund 40 Jahre verstrichen. Der Berichterstatter hält es daher nicht nur für zulässig, sondern sogar für angebracht, das seinerzeit Unterlassene nachzuholen und seine früheren Ausführungen zu ergänzen. Er hofft, mit diesen Erinnerungen an zwei wichtige Jahre seines Berufslebens einen Beitrag zu dem interessanten und an Bedeutung zunehmenden Gebiet der Universitätsgeschichte im Rahmen der Wissenschaftsgeschichte leisten zu können.

Der Berichterstatter wird dabei so vorgehen, dass er zunächst die vorgegebenen speziellen Arbeitsbedingungen der betrachteten Zeit ausführlicher vorstellt und sodann in mehreren Abschnitten die damit zusammenhängenden besonderen Aktivitäten der Hochschule darlegt. Im Inhaltsverzeichnis im Anschluss an die Überschrift dieses Artikels ist die Abfolge im Einzelnen aufgeführt. Als Grundlagen bzw. Quellen für seine Darlegungen dienen dem Berichterstatter neben seinen Erinnerungen sowie Akten seines Privatarchivs und neben der angegebenen Literatur vor allem die vom jeweiligen Rektoratsdirektor verfassten Niederschriften der Sitzungen des Professorenkollegiums in den Studienjahren 1967/68 bis 1969/70 sowie ferner mehrere ergänzende Akten aus dem Bestand des Rektorats.¹

2. Besondere Arbeitsbedingungen der betrachteten Zeit

a) 68er-Bewegung und Leobener Hochschulkonvent

Die vor allem von Studenten in Frankreich und in Deutschland ausgehende so genannte 68er-Bewegung, eine Bewegung der Rebellion und des Aufbruchs – wie man es auch sehen mag, beides war vorhanden –, hat die österreichischen Hochschulen nicht ausgelassen.² Sie ist entsprechend im Jahre 1968 und einige Zeit danach auch in Leoben wirksam gewesen, und zwar, wie bereits hier festgestellt sei, vorwiegend in einem durchaus positiven Sinn. Allerdings erforderte die Beschäftigung mit ihren Forderungen einen erheblichen Arbeitsaufwand, der – wie gezeigt werden wird – die Forschung sehr beeinträchtigt hat.

Die ersten einschlägigen Ereignisse in Leoben fanden bereits im Sommersemester 1968 statt. Dazu möge aus der Niederschrift der ordentlichen Kollegiumssitzung vom 11. Juni 1968, der letzten im Rektorat von Professor Dr. Karl Zeppelzauer – Professor Dr. Arno Wilhelm Reitz war Prorektor – wie folgt berichtet werden. Unter dem Tagesordnungspunkt „*Österreichische Hochschülerschaft – Wünsche*“ heißt es nach dem Bericht des Rektors über eine am 6. Juni 1968 mit Vertretern der Hochschülerschaft stattgefundenen Aussprache: „*Nach Ausführungen und Anträgen der Herren Professoren Magn. Reitz und Fettweis beschließt das Professorenkollegium ein Organ zu schaffen, dem das gesamte Professorenkollegium und Vertreter der Assistenten und Studierenden in je gleicher Anzahl angehören sollen. Dieses Organ, das die Bezeichnung ‚Leobener Hochschulkonvent‘ führen wird, soll aus seiner Mitte Kommissionen wählen, deren Aufgaben die Information, die Mitsprache und die Kritik sein sollen. Ein diesbezüglicher*

cher Vorschlag soll der Österreichischen Hochschülerschaft und dem Assistentenverband zugestellt werden.“ Da kurz nach dieser Sitzung die Sommerferien begannen, konnte die Einrichtung des Konvents und dessen Arbeit entsprechend erst im Studienjahr 1968/69 beginnen.

b) Schlussphase der Bauarbeiten an den Neubauten der Hochschule

Am Anfang des Studienjahres 1968/69 stand die Fertigstellung der 1957 geplanten und im Jahre 1962 begonnenen umfangreichen Neubauten der Hochschule nördlich des alten Hauptgebäudes bevor, durch die sich das verfügbare Bauvolumen rund verdoppelte. Demgemäß war es auch erforderlich, eine abschließende Raumzuweisung an die verschiedenen Institutionen der Hochschule vorzunehmen. Eine Grundlage hierfür war es u. a., wie weit zu diesem Zeitpunkt der seit 1961 bestehende und sodann laufend fortentwickelte Mehrjahresplan der Hochschule zur Einrichtung von neuen Professuren und Studienrichtungen durch Zuweisungen seitens des Bundesministerium für Unterricht verwirklicht worden war.

c) Schlussphase der Beratungen zum Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen

Die nach Erlass des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes vom 15. Juli 1966 vom Bundesministerium für Unterricht im Zusammenwirken mit den Hochschulen in Angriff genommenen Vorbereitungen für die besonderen Studiengesetze der österreichischen Hochschulen und damit auch diejenigen für das Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen hatten im Sommer 1968 einen ersten Abschluss gefunden. Mit Erlass vom 30. August 1968 übermittelte das Bundesministerium daher einen Gesetzentwurf – einer vielfach bei der Gesetzgebung üblichen Vorgangsweise folgend – zur offiziellen Begutachtung an zahlreiche Institutionen. Demgemäß lag dieser Entwurf auch der Montanistischen Hochschule zu Beginn des Studienjahres 1968/69, also im Oktober 1968, vor. In dem Entwurf wurden acht verschiedene Studienrichtungen gesetzlich festgelegt. Neben dem schon länger bestehenden Bergwesen, Hüttenwesen, Markscheidwesen und Erdölwesen waren dies – wie schon erwähnt – das Gesteinshüttenwesen, das es seit 1966/67 gab, und das Montanmaschinenwesen, dessen Beginn im Studienjahr 1968/69 bevorstand, beide vom Bundesministerium für Unterricht bereits „zur Kenntnis genommen“, sowie ferner als neu einzuführen ein Studium der Angewandten Geophysik und eines der Montangeologie.³ Letzteres war als ein in Leoben einzurichtender Studienzweig der an den klassischen Universitäten bestehenden Studienrichtung Erdwissenschaften konzipiert.

d) Tiefpunkt der Neuinskriptionen

Wie die **Abb. 1** zeigt, ist die Zahl der Erstinskribenten an der Montanistischen Hochschule nach einem Höhepunkt im Studienjahr 1959/60 acht Jahre lang ständig zurückgegangen. Zu Beginn des Studienjahres 1968/69

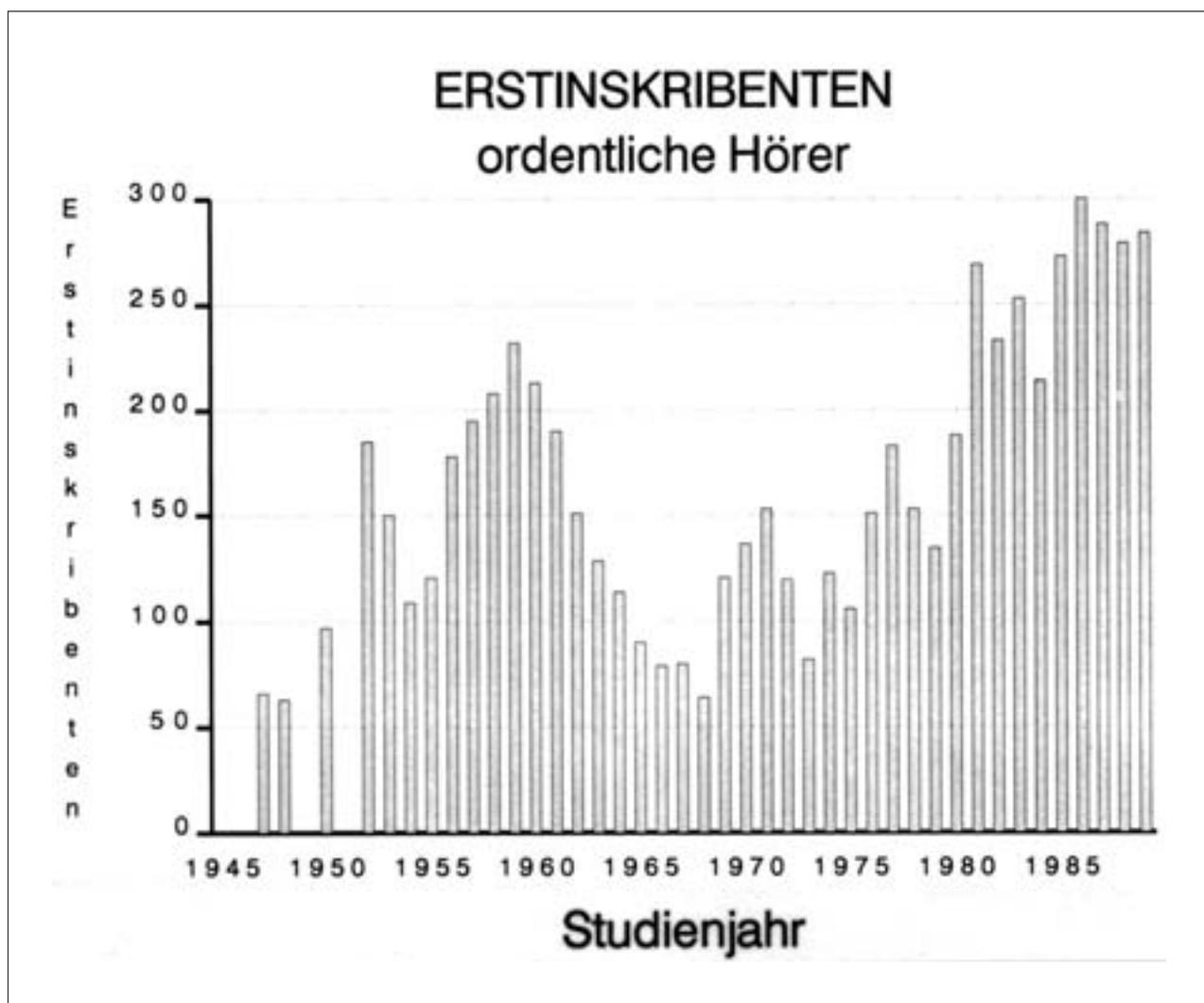


Abb. 1: Entwicklung der Zahl der Erstinskriventen von 1945 bis 1989 (10)

inskribierten mit 63 ordentlichen Hörern nur noch rund ein Drittel derjenigen von 1959/60 (10, S. 123). Demgemäß fiel in der genannten Zeit im Gegensatz zu den anderen Hochschulen in Österreich auch die Gesamthörerzahl in Leoben (10, S. 120). Die Ursachen für den Hörschwund waren vor allem die Medienberichte über die damaligen wirtschaftlichen Probleme der europäischen Montanindustrie als Folge der „Globalisierung“ und insbesondere die Nachrichten über Betriebsstilllegungen im Kohlen- und im Erzbergbau.

e) Höhepunkt politisch motivierter Antipathien

Die Leobener Hochschule, die einzige in Österreich, die nicht in einer Landeshauptstadt liegt, hat es seit dem 19. Jahrhundert mehrfach mit politisch bedingten Antipathien und Problemen zu tun gehabt bzw. ist politisch ins Gerede gekommen. (Vergleiche z. B. die aus solchen Gründen verfügte Pensionierung des bedeutenden Professors Albert Miller Ritter von Hauenfels im Jahre 1874 (11, S. 293 ff. und S. 304).) In diesen Zusammenhang gehört auch eine Bemerkung an den Berichterstatter als Rektor während eines Aufenthaltes in Wien, wie man sich mit seinen Lebensauffassungen in Leoben wohl fühlen könne. Sie stammte von einem vom Berichter-

statter hoch geschätzten und schon damals bedeutenden Kollegen, der später auch im öffentlichen Leben, u. a. als Bundesminister, eine Rolle gespielt hat.

Ein Beleg des Gesagten und ein Beispiel dafür, dass die angesprochene Sachlage auch unlängst noch bestand, ist die Glosse „Leoben“ von „Raw“, d. h. dem bedeutenden Journalisten Hans Rauscher, im Zusammenhang mit Diskussionen über das Grubenunglück von Lassing, die am 24. September 1998 auf der ersten Seite der Tageszeitung „Der Standard“ erschienen ist. Darin heißt es bezogen auf Beamte der Bergbehörde u. a.: „Die Herren kommen zumeist von der Montanhochschule Leoben, und dort herrscht teilweise ein besonderer Geist – ein deutsch-nationaler, burschenschaftlicher, auch FPÖ-naher. Ob Bergbaubeamter, Führungskraft eines privaten Bergbaus oder Hochschulspezialist – die Herren sind großen Teils in einer besonderen Atmosphäre ausgebildet worden.“ Der Berichterstatter hat den vollen Text dieser Glosse und auch einen Leserbrief als Antwort hierauf, den allerdings der Standard nicht veröffentlicht hat, an anderer Stelle publiziert (12, Anlage 8). Die Ursachen für diese Sicht der Leobener Hochschule liegen fraglos in einer über lange Zeit hinweg an dieser vorhanden gewesenen deutsch-nationalen bzw. groß-

deutschen Gesinnung, von der jedoch – was „*Rau*“ nicht gesagt hat – in der jüngeren Vergangenheit nur noch Restbestände bestehen.⁴

Nach den Erfahrungen des Berichterstatters erreichten die angesprochenen Antipathien in der in diesem Bericht betrachteten Zeit einen Höhepunkt. Den sachlichen Anlass dafür hat nach allen damaligen Eindrücken des Berichterstatters ebenso wie nach seinen seither erhaltenen Informationen vor allem der Umstand gebildet, dass der seit Mitte 1959 im Amt befindliche Leobener Ordinarius für Physik, Professor Dr. Arno W. Reitz (1908-1995), sechs Jahre nach seinem Dienstantritt, d. h. für das Studienjahr 1965/66, zum Rektor gewählt worden ist. Professor Reitz war nämlich in der Zeit des Anschlusses ein relativ aktiver Funktionär der NSDAP in der Steiermark gewesen.⁵ Aufgrund dieser Sachlage ist sein Rektorat unter den Bedingungen der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als sich ein umfassendes eigenes österreichisches Nationalgefühl in der Herausbildung befand, offensichtlich in größeren Kreisen des Landes als ein Ärgernis empfunden worden.

Der Berichterstatter, dessen Dienstantritt in Leoben im Jänner 1959 einige Monate vor demjenigen von Professor Reitz lag, hat diesen, wie er ausdrücklich festhält, nur als einen ausgesprochen redlichen und um sein Fach und das Wohl der Montanistischen Hochschule äußerst bemühten und hoch verdienten Menschen und Kollegen kennen gelernt, der voll auf dem Boden der österreichischen Verfassung stand. Nach den Eindrücken und der Einschätzung des Berichterstatters ist daher jedenfalls auch der seinerzeitige Eintritt von Arno W. Reitz in die NSDAP ausschließlich auf einen der Gründe zurückzuführen, die unlängst der frühere Landeshauptmann der Steiermark Dr. Josef Krainer II. sehr verständnisvoll dargelegt hat, und dabei wohl vor allem auf eine großdeutsche Gesinnung, wie sie früher in der Steiermark weit verbreitet war.⁶ In Übereinstimmung damit ist Professor Reitz daher auch bis an sein Lebensende im Jahre 1995 – ebenso wie manche andere gute Österreicher – Anhänger einer übergeordneten deutschen Kulturnation geblieben. Seine entsprechende Einstellung geht auch aus seinem Buch „*Energie und Ethos – Reden, Vorträge und Aufsätze*“ (13) hervor. Und eine besondere Aktivität entsprach gleichfalls lebenslang der schaffensfreudigen Veranlagung von Arno W. Reitz.

3. Zur 68er-Bewegung und zur Studienreform in Leoben

Diese nun als Erstes zu erörternden Entwicklungen und Aktivitäten von Seiten der Hochschule waren wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass sich die auf eine Universitätsreform abzielende studentische 68er-Bewegung in Leoben mit der Endphase der Beratungen des Entwurfes eines Bundesgesetzes über montanistische Studienrichtungen überschneidet, wobei dies weitgehend auch die angestrebten Ziele betraf, wie z. B. die Studienzeitverkürzung. Demgemäß war die gesamte zu betrachtende Zeit durch eine sachlich und zeitlich äußerst intensive Befassung mit Fragen der Studienreform bestimmt. Dies geschah zunächst im Rahmen des zu Beginn des

Studienjahres 1968/69 errichteten Leobener Hochschulkonvents und im Studienjahr 1969/70 sodann zunehmend in den durch das inzwischen erlassene Bundesgesetz eingeführten gleichfalls drittelparitätisch besetzten Studienkommissionen. Im Einzelnen ist das gesamte einschlägige Geschehen durch den „*Leobener Geist*“, d. h. das spezielle Zusammengehörigkeitsgefühl von Lehrenden und Lernenden positiv bestimmt worden, das sich aus der entsprechenden Solidarität unter den Angehörigen der Montanindustrie, insbesondere des Untertagebergbaus, ableitet. Allerdings haben auch die Leobener Studenten in Übereinstimmung mit den allgemeinen Tendenzen der 68er-Bewegung durchaus sehr deutlich ihre Wünsche auf mehr Mitbestimmung und auf Studienreformen vorgebracht, dies aber stets in Leobener Art und Weise.

Führend und prägend auf studentischer Seite war der Student des Hüttenwesens und Vorsitzende des Leobener Verbandes sozialistischer Studenten (VSSStÖ), Rudolf Streicher, auch damals schon eine Persönlichkeit von besonderem Rang; er hat es später u. a. zum Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Industrie, zum Generaldirektor von großen Unternehmen und selbstständigem Unternehmer sowie zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten gebracht. Sehr wahrscheinlich geht auf ihn bereits die Vorsprache der Studenten beim Rektor des Studienjahres 1967/68 zurück, die in Abschnitt 2.a) genannt worden ist und deren Ergebnis die Gründung des drittelparitätisch besetzten Leobener Hochschulkonvents war. Vor allem lag den sachlichen Diskussionen im Leobener Hochschulkonvent neben dem Entwurf des obgenannten Bundesgesetzes auch eine von Streicher verfasste und vom VSSStÖ zur Diskussion gestellte Schrift zur Hochschulreform vor, deren Deckblatt in **Abb. 2** wiedergegeben ist und die noch heute lesenswert ist (14).⁷ Nicht zuletzt war Streicher dafür verantwortlich, dass zu seiner Zeit ein sehr kooperatives Einvernehmen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Hochschülerschaft einschließlich der des Verbandes sozialistischer Studenten bestand. Den Vorsitz der Österreichischen Hochschülerschaft in Leoben hatte allerdings in der gesamten betrachteten Zeit der Angehörige einer Korporation inne, da die von den Korporationen gebildete Wahlliste damals die weitaus stärkste Fraktion in der Hochschülerschaft bildete.

Auf die mit zahlreichen Vollsitzungen und mit Sitzungen in Arbeitskreisen verbundene Arbeit des Leobener Hochschulkonvents aus je 24 Professoren, Assistenten und Studenten ist der Berichterstatter eingehend im Abschnitt „*Zur Studienreform*“ der seinerzeitigen Darlegungen über seine Rektoratszeit eingegangen (9). Vier Sachverhalte seien jedoch auch hier herausgestellt. Zum Ersten wurde in diesem Zusammenhang eine umfangreiche Absolventenbefragung durchgeführt, um zusätzliche Gesichtspunkte zu gewinnen. Zum Zweiten fanden die Empfehlungen des Hochschulkonvents stets einvernehmlich statt, und das für die Beschlussfassung bis zur Einrichtung der Studienkommissionen am 1. Oktober 1969 als akademische Behörde weiterhin allein zuständige Professorenkollegium übernahm sie daher ebenso einstimmig. Drittens war die geleiste-

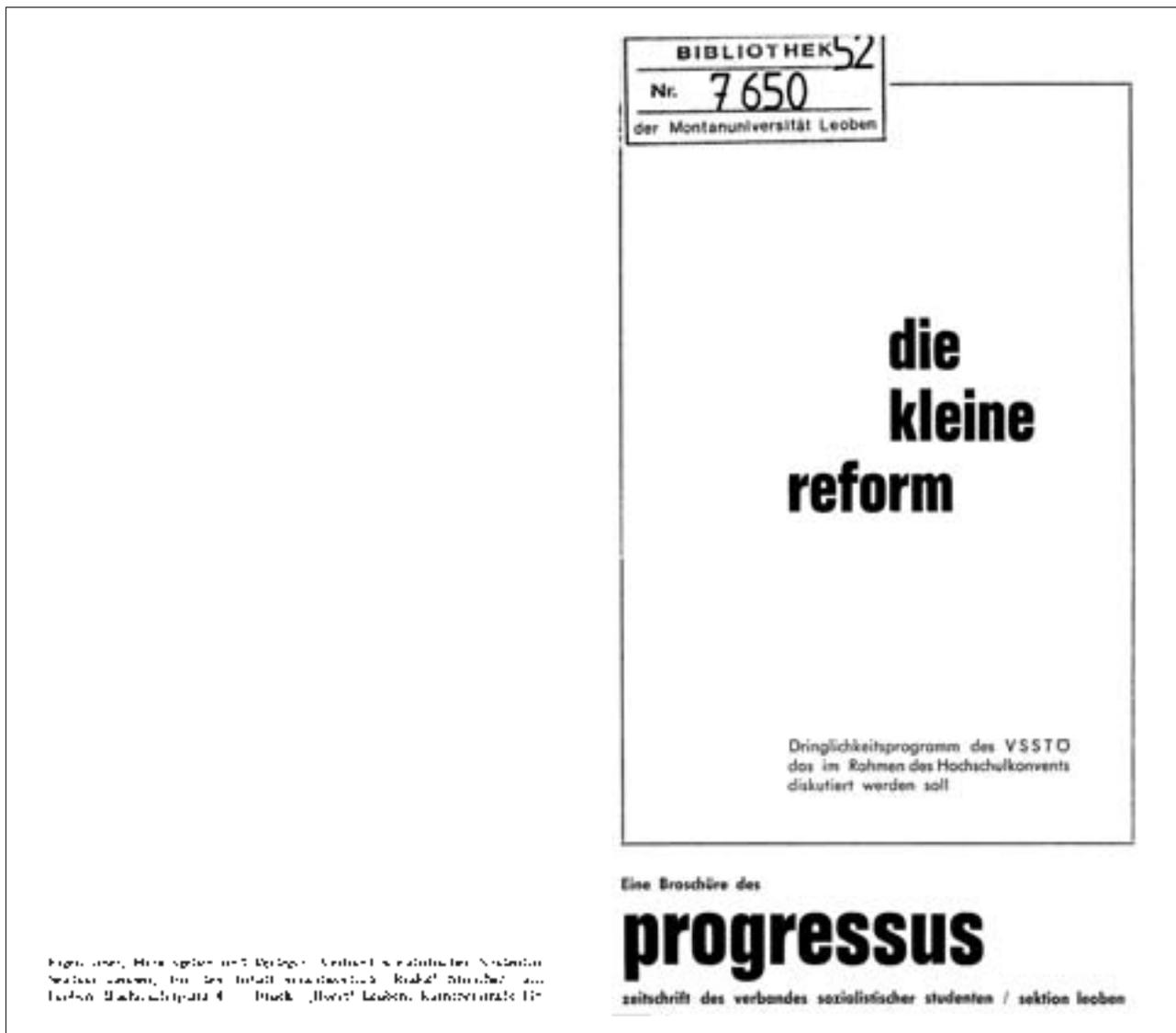


Abb. 2: Deckblatt der Schrift „die kleine reform“ von Rudolf Streicher, Herbst 1968 (14)

te Arbeit mit einem so großen Aufwand für Sitzungen und zugehörige Vorbesprechungen verbunden, dass sich dies deutlich in einem quantitativen Rückgang der Forschungsergebnisse der Hochschule bemerkbar gemacht hat. Wegen der Bedeutung dieses Sachverhaltes hat der Berichterstatter seinerzeit eine Erhebung hierüber angestellt und dazu gemäß Anlage 8 berichtet. Zum Vierten sei schließlich erwähnt, dass auf die von Streicher angeregte Empfehlung des Hochschulkonventes (vgl. Anm. 7) und deren Übernahme durch das Professorenkollegium das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung mit Erlass vom 4. August 1970 ein „Institut für Bildungsförderung und Sport“ (IBUS) an der Montanistischen Hochschule eingerichtet hat. Zum Bedauern des Berichterstatters wird diese in der österreichischen Hochschullandschaft einmalige Einrichtung seit einiger Zeit jedoch nicht mehr in der über mehrere Jahrzehnte bewährten Form weitergeführt. Damit ist offensichtlich auch der mehrere Jahrzehnte sehr erfolgreich durchgeführte „Künstlerische Wettbewerb der Montanistischen Hochschule“, der in den 1960er-Jahren von Professor Dr. Roland Mitsche gegründet und dann vom IBUS

übernommen worden war, endgültig eine Angelegenheit der Vergangenheit. Leider!

Mit Beginn des Studienjahres 1969/70 ist die Arbeit des Hochschulkonventes kontinuierlich in diejenige der Studienkommissionen übergegangen, die ab diesem Zeitpunkt für jede Studienrichtung als zusätzliche akademische Behörden mit teils beschließender, teils empfehlender Kompetenz gesetzlich eingerichtet worden waren, und insbesondere auch in die Arbeit eines in diesem Zusammenhang in Leoben gegründeten und drittelparitätisch besetzten „Gemeinsamen Ausschusses für Allgemeine Fragen“ der Studienkommissionen. Der Hochschulkonvent hat daher auch im anschließenden Studienjahr 1970/71 ein Ende gefunden.

Zum Abschluss dieses Kapitels möge noch ein Ereignis geschildert werden, das die spezielle Leobener Situation des betrachteten Zeitraums gut charakterisiert. Die Zentrale des Verbandes sozialistischer Studenten in Wien war offensichtlich mit der kooperativen Vorgangsweise ihrer Leobener Kollegen nicht zufrieden. Sie ließ daher im Studienjahr 1969/70 einen führenden Wiener

Angehörigen des VSStÖ in Leoben inskribieren, der die Situation ändern sollte. Dabei handelte es sich um eine Rudolf Streicher durchaus ebenbürtige Persönlichkeit, die später gleichfalls eine bedeutende Karriere im öffentlichen Dienst gemacht hat, u. a. als Sektionschef. Seine Leobener Aktivitäten mündeten in eine große hochschulöffentliche Diskussion mit weit über 100 Studenten im Leobener Stadtsaal, an der sich auch der Berichterstatter als Diskussionsredner beteiligte. Als Ergebnis erklärte der Wiener Student abschließend sinngemäß, er gäbe sich geschlagen, in Leoben gingen die Uhren offenbar tatsächlich anders, als er es gewohnt sei. Er hat daraufhin auch Leoben verlassen. In der Niederschrift der Sitzung des Professorenkollegiums vom 10. Juni 1970 heißt es daher auch in einem diesbezüglichen Punkt der Tagesordnung: *„Der Rektor berichtet kurz über die vom Verband sozialistischer Studenten am 2. Juni 1970 abgehaltene Diskussionsveranstaltung.“*

4. Zur Raumverteilung und zum Übersiedeln in die Neubauten

Die bevorstehende Fertigstellung der umfangreichen Neubauten der Hochschule – die übrigens für eine Gesamthörerzahl von tausend Personen geplant worden waren – erforderte besondere Arbeiten im Hinblick auf Bau- und Raumangelegenheiten. Die Neubauten ermöglichten nicht nur zahlreichen bestehenden Instituten eine beträchtliche Raumerweiterung, sondern boten gleichzeitig die Möglichkeit zur Unterbringung der Institute, die mit den vom Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen eingeführten neuen Studienrichtungen verbunden waren. Die entsprechend notwendige abschließende Raumzuweisung an die verschiedenen Institute und an andere Hochschulinstitutionen war zwar schwierig, geschah aber nahezu vollständig in dem Geist des Zusammenwirkens, der die Arbeit des zu dieser Zeit maßgeblichen Professorenkollegiums damals bestimmt hat. Die Schwierigkeiten hatten naturgemäß ihren Grund darin, dass durch die neuen Studienrichtungen bzw. Institute für die älteren Institute weniger Räume zur Verfügung standen, als bei der Planung ein Jahrzehnt vorher vorgesehen worden war. Tatsächlich mussten in den Neubauten doppelt so viele Institute untergebracht werden als ursprünglich geplant. Eine etwas größere Problematik ergab sich lediglich – und das auch nur im Hinblick auf einen Institutsvorstand – im Zusammenhang mit der Zuweisung von Räumen an die Österreichische Hochschülerschaft. Statt der bei der ursprünglichen Planung vorgesehenen Räume im Kellergeschoss des alten Hauptgebäudes hat der Berichterstatter der Hochschülerschaft die auch gegenwärtig von dieser genutzten gut gelegenen und sonnigen Räume im Erdgeschoss und unmittelbar neben dem Haupteingang zugewiesen. Die Gebäudeverwaltung, die heute Räume im Kellergeschoss nutzt, gab es damals noch nicht, so dass im Kellergeschoss überhaupt keine Büros für ständig dort tätige Personen vorgesehen wurden, sondern lediglich Labors und einige Räume für Lehrveranstaltungen.

Die Neubauten sind der Montanistischen Hochschule, nachdem sie de facto schon bezogen waren, von beiden

zuständigen Ministern, d. h. dem Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Vinzenz Kotzina und dem Bundesminister für Unterricht Dr. Alois Mock, im Rahmen einer Akademischen Feier am 27. Januar 1970 persönlich übergeben worden (8).

Weitere Bau- und Raumangelegenheiten seien kurz wie folgt angesprochen: 1. Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Leoben und der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft zwecks Zuweisung von Baugründen an die Hochschule, die erst nach dem Berichtszeitraum einen Abschluss mit teilweise Erfolg fanden, 2. Massive Forderung, das Hochschulgebäude in der Peter-Tunner-Straße, das damals unter den benutzten Hochschulgebäuden Österreichs das schlechteste war, in absehbarer Zeit zu sanieren. Das ist inzwischen geschehen. 3. Veranlassen der architektonischen Planung eines Gebäudes für den Hochschulsport mit großer Sporthalle und Schwimmbad durch die Architektengruppe Professor Dr. Karl Lorenz und Mitarbeiter, die auch die Neubauten geplant hatte. Zu einem solchen Gebäude ist es bis heute nicht gekommen.

5. Zu den Aktivitäten zur Bestandssicherung und Weiterentwicklung der Hochschule, insbesondere durch die neuen Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften

Bereits vor dem Berichtszeitraum war es ersichtlich und dem Professorenkollegium der Montanistischen Hochschule weitgehend bewusst, dass mit der Diskrepanz zwischen dem Abwärtstrend der Studentenzahl und der bevorstehenden Fertigstellung der großen Neubauten Gefahren für den Bestand der Hochschule verbunden waren. Erste Anzeichen von öffentlich geführten Diskussionen über die Berechtigung der Leobener Hochschule und darüber, ob die Verdoppelung ihres Bauvolumens nicht eine Fehlinvestition sei, waren bereits zu erkennen. In diesem Zusammenhang kam insbesondere auch dem § 44 des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes vom 15. Juli 1966 über den vom Bundesminister für Unterricht an den Nationalrat regelmäßig zu erstellenden Hochschulbericht eine Bedeutung zu. In diesem Paragraphen ist die *„zu erwartende Zahl an Studierenden“* als Maß für den budgetären *„Bedarf der Hochschulen“* festgeschrieben worden. Von der Hochschule zu bedenken waren darüber hinaus die Erfahrungen der Vergangenheit. Die Montanistische Hochschule musste in ihrer Geschichte bei ähnlichen Entwicklungen schon mehrfach um ihre Existenz fürchten, ihre Verlegung nach Wien, Graz oder Linz war immer wieder diskutiert worden und tatsächlich hatte sie in den Jahren 1934 bis 1937 durch die Zusammenlegung mit der Technischen Hochschule Graz schon einmal ihre Eigenständigkeit verloren.

Für den Berichterstatter gewann die vorstehend umrissene Sachlage ein besonderes Gewicht, als er im Juni 1968 zum Rektor für das nächste Studienjahr gewählt worden war. Demgemäß hat er – entgegen den Hinweisen älterer Kollegen – bei der Feier seiner Inauguration zum Rektor am 29. November 1968 auch bewusst und ausdrücklich nicht der akademischen Tradition gemäß über ein The-

ma seines Fachgebietes gesprochen, sondern mit Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft „Zur Entwicklung der Montanistischen Hochschule“ (4). Darin findet sich nach der Darlegung der aktuellen Inskriptionsprobleme auch die Aussage: „In letzter Zeit beginnen nun aber auch darüber hinaus ‚Berufene und Unberufene‘ Überlegungen über uns anzustellen, die zunehmend auch in die Presse dringen.“

Von besonderer Bedeutung ist im vorliegenden Zusammenhang die erste außerordentliche Sitzung des Professorenkollegiums im Studienjahr 1968/69 am 29. Oktober 1968 gewesen, die ausschließlich zur Beratung über die weitere Entwicklung einberufen worden war. In deren Konsequenz ist es im Zuge der abschließenden Vorbereitungen für das sodann am 10. Juli 1969 vom Nationalrat verabschiedete und am 1. Oktober 1969 in Kraft getretene Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen (15) zur Aufnahme der zusätzlichen Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften in den Gesetzentwurf gekommen. Bei der Kunststofftechnik geschah dies im Frühjahr 1970 als direktes Ergebnis der genannten Kollegiumssitzung, bei den Werkstoffwissenschaften jedoch erst nach einer außerordentlichen Kollegiumssitzung vom 8. Mai 1969. Auf dieser wurde auf Vorschlag des Rektors gemäß **Abb. 3** beschlossen, den vorgesehenen Studiengang des Hüttenwesens mit dem Namen Werkstoffwissen-

schaften, der seinerseits erst aufgrund einer zu Beginn des Studienjahres 1968/69 vorgebrachten Anregung der damaligen hüttenmännischen Hochschulassistenten Dr. mont. Franz Jeglitsch – später Ordinarius für Metallkunde und Werkstoffprüfung und Rektor der Studienjahre 1987-1991 – und Dr. mont. Manfred Hanke zustande gekommen war, in eine eigene Studienrichtung umzuwandeln. Da zu diesem Zeitpunkt der Gesetzentwurf der Bundesregierung bereits dem Nationalrat zur Beratung und Beschlussfassung vorlag, erfolgte die Einführung der Studienrichtung Werkstoffwissenschaften entsprechend aufgrund eines von der Hochschule erbetenen gemeinsamen Beschlusses aller im Nationalrat vertretenen Parteien. Siehe zu diesen Vorgängen auch die Ausführungen von Professor Jeglitsch gemäß Anlage 9. In diesem Zusammenhang war es gleichfalls von Bedeutung, dass die Parteien auch einem weiteren Wunsch der Hochschule nachkamen und das Gesetz noch auf der letzten Sitzung vor der Sommerpause verabschiedeten. In der Sicht der Hochschule konnten damit die für den Beginn des nächsten Studienjahres befürchteten Widerstände von dritter Seite gegen die neuen Leobener Studienrichtungen ausgeschlossen werden, da das Gesetz bereits am 1. Oktober 1969 in Kraft trat.

Die Einzelheiten über diesen Ablauf, darunter der anfangs hinhaltende Widerstand der hüttenmännischen Professoren Mitsche und Trenkler gegen ein Studium

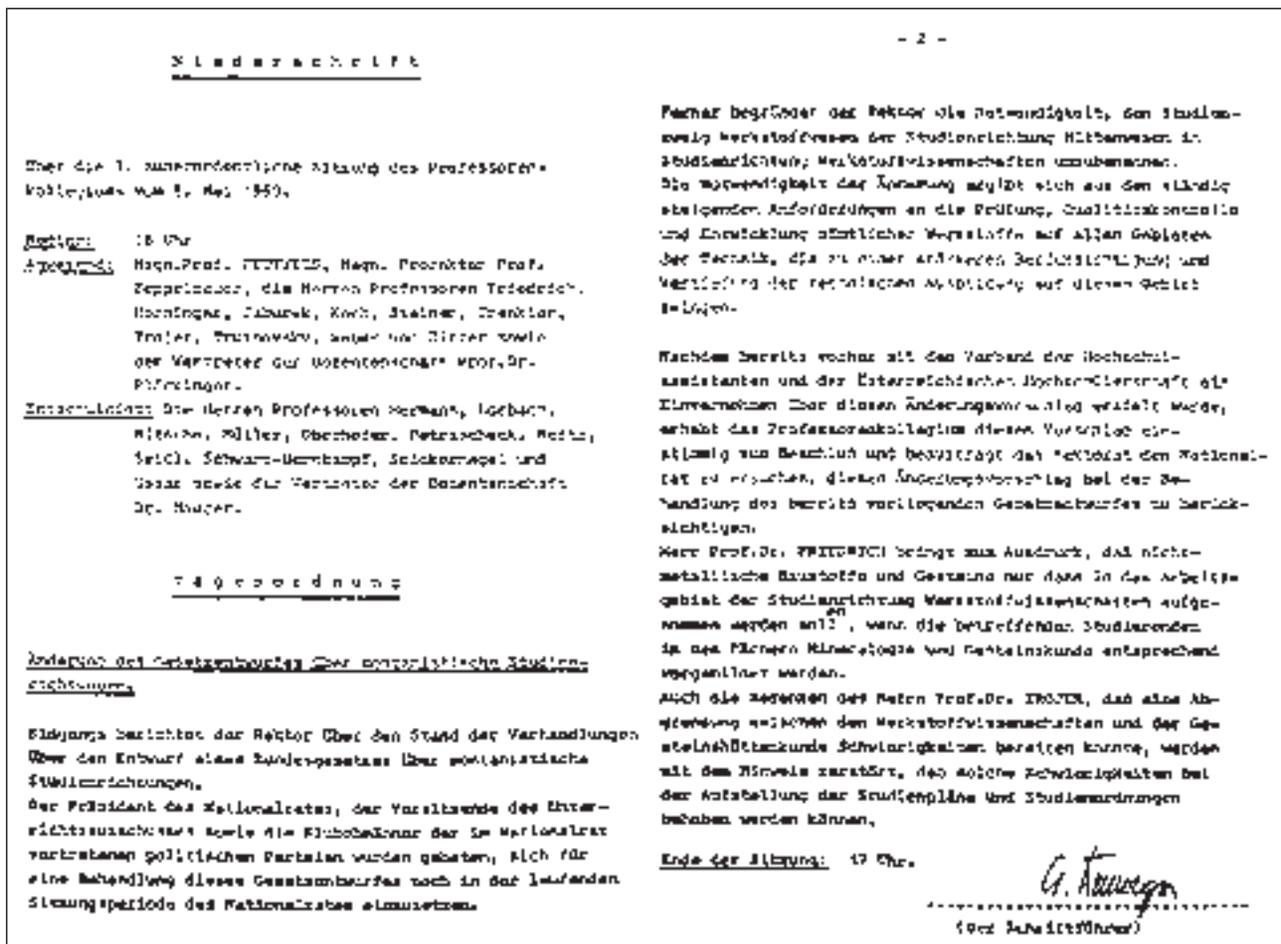


Abb. 3: Niederschrift über die dritte außerordentliche Sitzung des Professorenkollegiums der Montanistischen Hochschule am 8. Mai 1969

der Werkstoffwissenschaften (möglicherweise bewusst oder unbewusst wegen der Befürchtung einer möglichen Konkurrenzierung des Hüttenwesens), vermittelt der eingangs dieses Artikels genannte gesonderte Aufsatz (1, 2). Hier mögen von dieser Arbeit nur die ersten beiden der Bemerkungen zitiert werden, welche den Aufsatz abschließen (2):

„a) Durch das Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen mit seiner Normierung mehrerer neuer Studienmöglichkeiten hat sich der Charakter der Leobener Hochschule von einer „Bergakademie“ für das klassische Berg- und Hüttenwesen zu einer Universität für das gesamte Rohstoff- und Werkstoffwesen gewandelt. Das war auch die Absicht der einschlägigen Bemühungen von Rektor und Professorenkollegium und insbesondere bei der Einführung der Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften.“

b) Die durch das Bundesgesetz geschaffenen Studienmöglichkeiten, verbunden mit einer gleichzeitig einsetzenden verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, haben bewirkt, dass sich der Tiefstand der Inskriptionen zu Beginn des Studienjahres nicht wiederholte. Bereits zu Beginn des Studienjahres 1969/70 lag der Studentenzustrom um mehr als 50 % über demjenigen ein Jahr vorher und zu Beginn des Studienjahres 1970/71 hatten mit 126 ordentlichen Hörern sogar wieder doppelt so viele Personen neu inskribiert wie zwei Jahre zuvor. Die beiden neuen Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften weisen seitdem sehr oft die meisten Neuinskriptionen bzw. Studenten auf.“

Ergänzend zu diesen Feststellungen sei vermerkt, dass bei der außerordentlichen Kollegiumssitzung am 29. Oktober 1968 auch die sog. „Clausthaler Lösung“, d. h. der Ausbau zu einer normalen Technischen Hochschule diskutiert worden ist. Dies wurde aber aus mehreren Gründen abgelehnt und zwar nicht nur wegen der Nähe zur Technischen Hochschule Graz, sondern weil es auch prinzipiell besser erschien, sich auch weiterhin auf die Rohstoff- und Materialwissenschaften und deren Umfeld zu beschränken und damit auf eine organische Weiterentwicklung des vorhandenen Wirkungsbereichs. Die frühere Bergakademie Clausthal war bereits seit Beginn der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu einer Technischen Hochschule mit mehreren Fakultäten ausgebaut worden und trägt seit dem 1. April 1968 sogar den Namen Technische Universität.

Allerdings hat das Clausthaler Beispiel auch zu Diskussionen darüber geführt, ob für Leoben die Einführung von Fakultäten zweckmäßig sei. Als deren Ergebnis und in Befolgung einer Aufforderung des Bundesministeriums für Unterricht, bevollmächtigte Kommissionen zur Beratung verschiedenster Angelegenheiten einzusetzen, waren vom Professorenkollegium schon auf der ersten ordentlichen Sitzung des Studienjahres am 16. Oktober 1968 drei fakultätsähnliche ständige Kommissionen eingesetzt worden, die sich weitgehend mit den jeweils parallelen Staatsprüfungskommissionen deckten. Es waren dies eine Kommission für Natur- und Geisteswissenschaften sowie Allgemeine Ingenieurwissenschaften,

eine Kommission für Hüttenwesen, Gesteinshüttenwesen und Montanmaschinenwesen und eine Kommission für Berg-, Erdöl- und Markscheidewesen. Damit sollten nicht zuletzt Erfahrungen für eine allfällige spätere Einführung von Fakultäten gewonnen werden. Im Studienjahr nach der Berichtszeit sind diese Kommissionen jedoch im Zuge neuer und teilweise kontrovers geführter Diskussionen wieder aufgelöst worden.

6. Zu den Abwehraktivitäten

a) Abwehr eines Angriffs auf die Existenz der Hochschule

Zu Beginn seines zweiten Amtsjahres als Rektor, d. h. im Herbst 1969, hat der Berichterstatter den Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre Prof. Dr. Karl Lechner als neuen Rektor der Universität Graz kennen und schätzen gelernt. Bei einem Zusammensein mit ihm Ende des Jahres 1969 und in einem privaten Gespräch über Entstehen, Sein und Vergehen im Zusammenhang mit einem Todesfall meinte Magnifizienz Lechner, dass offensichtlich auch organisatorische Gebilde einschließlich von Hochschulen den gleichen Lebensgesetzen unterlägen wie Menschen. Und auf eine Rückfrage hin: Ein Beispiel dafür böte die Leobener Hochschule, denn die beim Bundesminister für Unterricht bestehende Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung habe unlängst de facto eine Empfehlung an den Bundesminister beschlossen, die Montanistische Hochschule angesichts der Entwicklung ihrer Studentenzahlen und als die teuerste in Österreich zwecks Einsparungsmaßnahmen einzustellen, und sie habe auch bereits die entsprechenden Schritte eingeleitet. Die vor der Fertigstellung stehenden Neubauten wären für andere Zwecke umzuwidmen. Dann bat Magnifizienz Lechner jedoch darum, von dieser Bemerkung keinen offiziellen Gebrauch zu machen, da die diesbezüglichen Beratungen noch vertraulich seien und er als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft – der im Übrigen politisch einflussreiche Personen angehörten – sie daher eigentlich nicht hätte machen dürfen. Wohl aus diesem Grund hat der Berichterstatter das genannte Gespräch und einige ergänzende Informationen erst einige Wochen später, nämlich am 19. Januar 1970, als die zugehörige Angelegenheit ihrem Höhepunkt entgegenging, in einem Aktenvermerk gemäß Anlage 10 festgehalten.

Der vorstehend genannte Aktenvermerk ist ebenso wie eine große Zahl weiterer einschlägiger Unterlagen in einem Sonderakt mit der Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung, Studium der Montanistik in Österreich, Bedarfsuntersuchung“ enthalten, den der Berichterstatter im Sommersemester 1988 aus Akten des Rektorates und aus einem persönlichen Handakt seiner Rektoratszeit zusammengestellt und von dem er auch ein Exemplar an das Archiv der Montanuniversität gegeben hat. Aus diesem Sonderakt wird nachstehend noch mehrfach zitiert werden. Nachdem inzwischen nahezu vierzig Jahre seit den einschlägigen Ereignissen vergangen sind und diese keine Staatsgeheimnisse betreffen, hält der Berichterstatter deren Veröffentlichung in der vorgenommenen Weise für berechtigt.

Mit dem eingangs erwähnten Gespräch war der Bericht-erstatte jedenfalls gewarnt. Vor allem konnte er damit auch den nachstehend zitierten Erlass des Bundesministeriums für Unterricht einordnen, der am 28. Oktober 1969 bei ihm eingegangen war: „Zl. 130.344 - 1/4/69 – An das Rektorat der Montanistischen Hochschule Leoben – Betr.: Arbeitsgemeinschaft für Hochschul-entwicklung, Studium der Montanistik in Österreich, Bedarfsuntersuchung. – Das Bundesministerium für Unterricht hat eine Studie zur ‚Ermittlung jener Nachfragezahlen für die Jahre 1969 – 1980, die sich aufgrund des Bedarfes der Gesellschaft an Absolventen des Studiums der Montanistik ergeben müssten, wenn man den Anschluss an das Ausland nicht verlieren will‘, in Auftrag gegeben. – Im Einvernehmen mit dem Institut für Bildungs- und Beratungsforschung, 1010 Wien, Schottenbastei 6, hat N.N. (Name und Anschrift), die Ausarbeitung dieser Untersuchung übernommen. Das Bundesministerium für Unterricht ersucht um gefällige Kenntnisnahme und um weitestgehende Unterstützung des N.N. bei seinen Arbeiten. – Wien, am 20. Oktober 1969. Für den Bundesminister: Dr. Drischel.“ – Aus Gründen der Diskretion ist vorstehend und wird auch im Weiteren in dieser Publikation der Name der beauftragten Person nicht genannt.

Offensichtlich hatte der Bundesminister für Unterricht auf die ihm zugegangene Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung zunächst mit der Anforderung einer Bedarfsuntersuchung reagiert. Andererseits konnte diese aber auch – so war jedenfalls zu vermuten – als ein erster Schritt zur Verwirklichung der Anregung der Arbeitsgemeinschaft gesehen werden. Die vorstehende Vermutung galt umso mehr, als der Montanuniversität nur ein Jahr vorher, d. h. mit Erlass vom 10. Juli 1968, ebenso wie allen übrigen österreichischen Hochschulen schon einmal der Auftrag zu einer umfassenden Bedarfs-erhebung zum Zwecke des Einbaus in den nächsten Hochschulbericht des Ministeriums erteilt worden war. Mit umfangreichen Schreiben vom 3. Dezember 1968 und vor allem vom 4. Februar 1969 hat das Rektorat diese Anfrage nach sorgfältigen Erhebungen der zuständigen Professoren beantwortet, wobei das mitgeteilte Ergebnis durchaus positiv zu beurteilen war.

Aufgrund dieses Ergebnisses musste sich die Hochschule im Falle einer seriösen Bearbeitung auch hinsichtlich des zweiten Auftrages an sich keine Sorge machen. Daher ist das vorstehend zitierte Schreiben des Bundesministers für Unterricht vom 20. Oktober 1969 zunächst auch durchaus zustimmend beantwortet worden. Diese Reaktion wurde zudem noch dadurch verstärkt, dass nach einem von der Hochschule geäußerten Wunsch gemäß einem zweiten einschlägigen Erlass des Bundesministers für Unterricht vom 2. Dezember 1969 die Bedarfsuntersuchung von N.N. gemeinsam mit zwei Mitgliedern des Professorenkollegiums der Hochschule durchgeführt werden sollte. Dafür stellten sich die Herren Prof. Dr.-Ing. Manfred Lorbach, Ordinarius für Tiefbohrtechnik und Erdölgewinnung, und Prof. Dr.-Ing. Albert F. Oberhofer, Ordinarius für Wirtschafts- und Betriebslehre, zur Verfügung.

Sehr bald zeigten jedoch erste Kontakte der genannten Professoren sowie des Rektors mit N.N., dass eine ersprießliche Zusammenarbeit der Montanistischen Hochschule mit diesem Herrn nicht möglich war und dass stattdessen alles daran gesetzt werden musste, dass der Bundesminister für Unterricht den erteilten Auftrag ehestens stornierte. Offensichtlich war nämlich die Art und Weise, in der N.N. seinen Auftrag anging, eindeutig darauf ausgerichtet, der Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung den Weg zu ebnet. Statt dem eigentlichen Auftrag zu entsprechen, d. h. den Bedarf an Absolventen der inzwischen 9 Studienrichtungen des Montanwesens im weiteren Sinne zu erheben, befassten sich die von N.N. für seine Untersuchung ausgearbeiteten und der Hochschule zu Stellungnahme mitgeteilten Fragebögen in erster Linie mit der Qualität der Ausbildung an der Montanistischen Hochschule und mit deren genereller Existenzberechtigung. Dabei fiel zudem auf, dass die Fragen eine negative Tendenz aufwiesen, wobei unter einigen der Antwortmöglichkeiten eine rein positive Antwort überhaupt nicht vorgesehen war. Eine Übersicht über diese Fragebögen, die in mehreren zehntausend Exemplaren an verschiedene Personengruppen in ganz Österreich ausgeschickt werden sollten, vermittelt die Anlage 11. Zusätzlich stellte sich auch bei den mit N.N. geführten Gesprächen heraus, dass dieser mit den Bedingungen der Montanistischen Hochschule, darunter dem erst einige Monate vorher beschlossenen Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, keineswegs vertraut war, obwohl das Rektorat ihn mit zahlreichen einschlägigen Unterlagen versehen hatte. Für ihn war die Lehre in Leoben vor allem auf das Bergwesen bezogen sowie darüber hinaus, aber untergeordnet, nur noch auf das Hüttenwesen.

Das Wirken von N.N. musste daher durch seine Einseitigkeit und seine Ausrichtung auf ein negatives Ergebnis zwangsläufig der Montanistischen Hochschule und deren Ansehen schweren Schaden zufügen. Dieselbe Meinung vertraten auch die von der Montanistischen Hochschule informierten ihr nahe stehenden Personen wie insbesondere der Landeshauptmann der Steiermark Josef Krainer I. und der Vizepräsident des Fachverbandes der Bergwerke und Eisen erzeugenden Industrie, Generaldirektor Dr. Dr. Wolfgang Wick. Die Hochschule leitete daher umfassende und sorgfältige Abwehraktivitäten ein. Dabei ist jedoch versucht worden, diese Aktivitäten soweit wie eben möglich nicht öffentlich werden zu lassen, da zu dieser Zeit der Wahlkampf für die bevorstehende Nationalratswahl am 1. März 1970 schon begonnen hatte.

Für den interessierten Leser ist in der Anlage 12 das ausführliche Schreiben des Rektorats an das Bundesministerium für Unterricht vom 13. Januar 1970 wiedergegeben, mit welchem die Einstellung der so genannten „Bedarfserhebung“ beantragt wird und in dem die Gründe dafür dargelegt werden. Insbesondere wurde mit diesem Schreiben auch beantragt, dem Rektor und Prorektor der Montanistischen Hochschule eine Vorsprache bei dem Herrn Bundesminister für Unterricht zu gewähren, um die Beweggründe der Hochschule für diesen Antrag im Einzelnen vorbringen und die Angelegenheit

klären zu können. Weitere Informationen im vorliegenden Zusammenhang, die gleichfalls aus dem vorgestellten Sonderakt stammen, finden sich in Anlage 13 über eine Unterredung mit N.N. am 22. Dezember 1969 und in Anlage 14 über verschiedene einschlägige Aktivitäten des Rektors.

Zu dem beantragten Gespräch mit Bundesminister Dr. Alois Mock ist es am 22. Januar 1970 gekommen. In der Niederschrift der 5. ordentlichen Sitzung des Professo-renkollegiums am 18. Februar 1970 heißt es dazu unter dem Tagesordnungspunkt „*Studium der Montanistik (Bedarfsuntersuchung)*“: „*Wie bereits auf der außerordentlichen Sitzung vom 13. Januar 1970 behandelt, haben sich im Zusammenhang mit der von N.N. ange-stellten Bedarfsuntersuchung für Absolventen der Montanistischen Hochschule weitgehende Unzukömmlichkeiten ergeben, die mit der Themenstellung überhaupt in keinem Zusammenhang stehen. Die ganze Vorgangsweise erschien dazu angetan, nicht nur der Montanistischen Hochschule Leoben und ihrem internationalen Ansehen, sondern auch der österreichischen Bildungspolitik zu schaden. Aus diesem Grund hat das Rektorat den Herrn Bundesminister für Unterricht gebeten, dem Rektor und Prorektor eine Unterredung zu gewähren, in deren Rahmen die Beweggründe der Hochschule vorgebracht und die Angelegenheit weiter geklärt werden kann. Diese Unterredung hat am 22. Januar 1970 stattgefunden, wobei an ihr seitens der Hochschule auch Herr Prof. Dr. Oberhofer teilnahm. Der Herr Bundesminister für Unterricht hat sich den Einwänden des Rektors und Prorektors aufgeschlossen gezeigt und folgendes fest-gestellt: 1.) Die in Auftrag gegebene Bedarfsuntersuchung wird, auf den Antrag des Rektorates vom 13. Januar 1970 hin, vorläufig ausgesetzt. 2.) Das Bundesministe-rium für Unterricht wird im Einvernehmen mit der Montanistischen Hochschule festlegen, wann, wie und durch wen die Untersuchungen fortgeführt werden sollen. 3.) An den Untersuchungen sollen weiterhin die von der Montanistischen Hochschule genannten Herren Prof. Dr. Lorbach und Prof. Dr. Oberhofer teilnehmen. 4.) Mit der Untersuchung wird N.N. nicht mehr beauftragt werden.“ Eine ergänzende Information gibt die Anlage 15.*

Nicht in die offiziellen Akten aufgenommen und daher auch nicht in dem genannten Sonderakt enthalten ist ein zusätzliches Bemühen in der genannten Angelegenheit, das der Rektor auf Anregung und mit Hilfe seines dama-ligen Mitarbeiters und späteren Kollegen Prof. Dr. Erich Lechner auf einer eher persönlichen und lange Zeit als vertraulich zu behandelnden Ebene vorgenommen hat und auf das sehr wahrscheinlich letzten Endes der Abbruch der Erhebungen zurückgeführt werden kann. Es betrifft die einschlägige Information von Dr. Josef Klaus, dem Bundeskanzler der damaligen ÖVP-Allein-regierung, und einen Anruf von ihm bei Bundesminister Dr. Mock während der Vorsprache Leobens bei diesem am 22. Januar 1970. Der Berichterstatter hat hierüber gemäß Anlage 16 in seiner in den BHM Anfang des Jah-res 2008 veröffentlichten Laudatio zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Erich Lechner berichtet (16).

Wenige Tage nach der Vorsprache, d. h. am 27. Januar 1970, sind – wie bereits gesagt – die weitgehend bereits bezogenen Neubauten der Montanistischen Hochschule feierlich durch Bundesminister für Bauten und Tech-nik Dr. Kotzina und Bundesminister für Unterricht Dr. Mock an die Hochschule übergeben worden. Als Folge des Ausgangs der Nationalratswahl am 1. März 1970 und der anschließenden Ablösung der ÖVP-Allein-regierung hat sich sodann die erörterte „*Bedarfserhebung*“ erledigt.

Die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Weise bei dem umrissenen Angriff auf das Ansehen und die Existenz der Montanistischen Hochschule auch die in Abschnitt 2.e) genannten politisch bedingten Antipathi-en mitgespielt haben, vermag der Berichterstatter auch rückblickend nicht eindeutig zu beantworten. Eine sol-che Motivation erscheint ihm jedenfalls gut möglich zu sein, aber einen besonderen Hinweis hierauf hat er damals und auch seither nicht erhalten. Der gleiche Sachverhalt gilt auch für die im nächsten Abschnitt zu besprechende Angelegenheit.

b) Bemühungen um den Namen Universität

Die Frage der Hochschulbezeichnung hat das öster-reichische Hochschulwesen, insbesondere die Öster-reichische Rektorenkonferenz sowie das zuständige Bundesministerium für Unterricht, in der Nachkriegs-zeit mehrere Jahrzehnte begleitet (17). Beginn war der im Jahr 1948 vorgetragene Wunsch der Technischen Hochschule Wien, in Technische Universität umben-nannt zu werden. Als wichtigster Grund dafür galt, dass das Wort Hochschule kaum in fremde Sprachen über-setzbar sei und eine „*High-School*“ jedenfalls etwas ganz anderes bedeute. Über längere Zeit scheiterten die entsprechend auch in der Rektorenkonferenz vorge-tragenen Bemühungen an der direkten oder indirekten Ablehnung durch die klassischen Universitäten. Der Widerstand verringerte sich im Laufe der Zeit und auf der Rektorenkonferenz vom 4. Juli 1969 in Salzburg kam „*auf Antrag von Fettweis*“ ein Beschluss zustan-de, „*wonach in der Aufzählung der Fachhochschulen im Zuge der HOG-Novellierung das Wort ‚Hochschu-le‘ durch das Wort ‚Universität‘ ersetzt werden sollte*“ (17, S. 342). Das wiederholte sich durch einen einstimmigen Beharrungsbeschluss auf der Rektorenkonferenz vom 30. April 1970.

Bereits vor dem letztgenannten Datum, nämlich mit Erlass vom 24. März 1970, hatte das Bundesministe-rium für Unterricht den „*Entwurf eines Bundesgesetzes, womit das Hochschulorganisationsgesetz umbenannt und abgeändert wird*“ (UOG-Entwurf 1970) zur Begut-achtung ausgeschickt. Dieser Entwurf erreichte die Montanistische Hochschule am 10. April 1970 und rief sofort eine Welle des Protestes wegen seines § 6 her- vor. In diesem Paragraphen fanden sich zwar alle hohen Schulen Österreichs unter der Überschrift „*Bestehende Universitäten*“ aufgelistet, aber bei der Bezeichnung im Einzelnen gab es weiterhin zwei Kategorien und ins-besondere waren dabei die bisherigen „*Hochschulen*“ unterschiedlich eingeordnet worden. Die Technischen

Hochschulen Wien und Graz und die Hochschule für Welthandel in Wien hatten die Bezeichnung Universität erhalten. Bei der Montanistischen Hochschule in Leoben, der Hochschule für Bodenkultur in Wien, der Tierärztlichen Hochschule in Wien und der im Aufbau befindlichen Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt blieb es dagegen bei der herkömmlichen Bezeichnung. In den „Erläuternden Bemerkungen“ hierzu heißt es unter der Überschrift „3. Umbenennung der Fachhochschulen in Universitäten“ u. a.: „Was die Montanistische Hochschule in Leoben und die Hochschule für Bodenkultur in Wien betrifft, so wird an diesen zwar eine Studienreform im Sinne des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes derzeit durchgeführt, aber sowohl der Wirkungsbereich dieser beiden Hochschulen als auch die Zahl der an ihnen befindlichen Hochschuleinrichtungen und der an ihnen als Hochschullehrer oder Studenten tätigen Personen ist verhältnismäßig klein. Gegen eine Umbenennung in Universitäten könnte demnach eingewendet werden, daß das für eine Universität zu fordernde Merkmal der Universalität der Ausbildung schon durch den beschränkten Wirkungsbereich dieser Hochschulen nicht gegeben erscheint“. Und tatsächlich heißt es dann anschließend, dass gegen eine Umbenennung von Hochschulen, „die nicht eine bestimmte Größe haben, in Universitäten Bedenken geäußert“ wurden. Allerdings wird gleichfalls vermerkt, dass mit dem vorliegenden Entwurf eine Umbenennung der genannten Hochschulen zur Debatte gestellt werden soll.

Die durch den Entwurf ausgelösten Protestaktivitäten an der Montanistischen Hochschule waren zahlreich, wurden gemeinsam von allen Gruppen, d. h. von Professoren, Assistenten und Studenten getragen und haben sich über mehrere Wochen hingezogen. Sie umfassten insbesondere eine gemeinsame Resolution des Professorenkollegiums, des Professorenverbandes, des Verbandes der Hochschulassistenten und der Österreichischen Hochschülerschaft Leoben, die vom Rektor mit einem persönlich unterzeichneten Brief an über 600 Personen und Institutionen verschickt worden ist, insbesondere an den Kreis, dem auch der Entwurf des UOG zur Begutachtung zugegangen war, und an die Mitglieder des Nationalrats. Die wichtigsten dabei vorgebrachten Einwände betrafen – neben den oben bereits genannten Hauptgründen für die Umbenennung – die Diskriminierung und die entsprechenden Nachteile, die mit der vorgenommenen Unterscheidung zwischen zwei Gruppen der früheren so genannten „Fachhochschulen“ – Technische Hochschulen und Hochschule für Welthandel einerseits, alle übrigen „Hochschulen“ andererseits – zwangsläufig verbunden sein mussten, sowohl im Inland als auch im Ausland. Auch wurde den Ausführungen in den „Erläuternden Bemerkungen“ entgegengehalten, dass der Name Universität ursprünglich auf die „*universitas magistrorum et scholarium*“, d. h. die Gemeinschaft von Lehrenden

und Lernenden und deren Eigenschaften zurückgeht, die in Leoben vorbildlich verwirklicht sind, und nicht auf den später geschaffenen Begriff der „*universitas literarum*“. Aber auch in letztgenannter Hinsicht sei in Leoben ein weitgespannter Fächer von Wissenschaften vertreten.

Die Reaktionen der Angeschriebenen, die geantwortet haben – und das waren ziemlich viele, welche wieder einen Dankesbrief zu erhalten hatten – waren mit einer Ausnahme ausschließlich positiv im Sinne der Montanistischen Hochschule, und zwar sowohl von der neuen Regierungspartei SPÖ als auch von der nunmehrigen Oppositionspartei ÖVP. Lediglich der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs, Friedrich Peter, formulierte eher neutral. Die Antwort des nach der Wahl vom 1. März 1970 neu bestellten Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky ist in der **Abb. 4** wiedergegeben. Die nunmehr für die Hochschulen zuständige Bundesministerin Dr. Hertha Firnberg antwortete mit einem Brief im gleichen Sinne und zusätzlich mit einem Telegramm gemeinsam mit dem Bundesminister für das Schulwesen, Leopold Gratz.

Bei einigen mit der Montanistischen Hochschule näher verbundenen Personen, insbesondere bei Absolventen, war ihre Zustimmung allerdings auch mit einem gewissen Bedauern über den Verlust des ihnen lieb gewordenen alten Namens verbunden. In diesem Zusammenhang

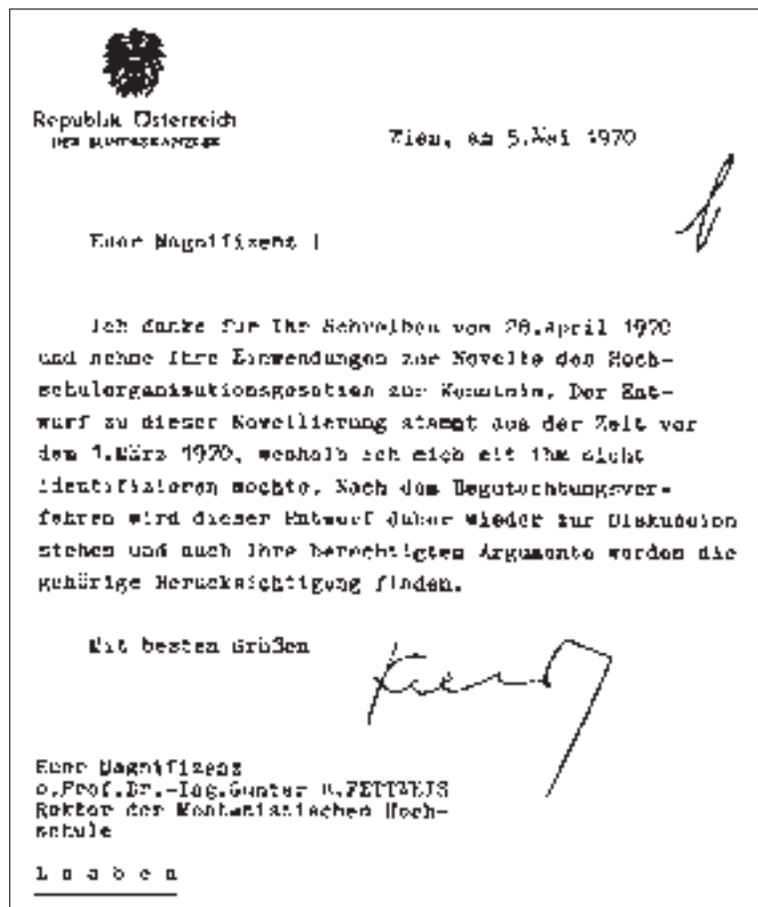


Abb. 4: Brief von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky an den Rektor der Montanistischen Hochschule Prof. Dr. G. B. Fettweis vom 5. Mai 1970

sei vermerkt, dass in den Jahren vorher, in welchen die Hochschule den Entschluss gefasst hatte, für die neue Bezeichnung Montanuniversität zu plädieren, u. a. auch intensiv darüber nachgedacht worden ist, den herkömmlichen Namen als Markenzeichen anzusehen und daher zu behalten, sozusagen nach dem Muster der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH). Allerdings kam man – ungeachtet des Wissens um die eigene Stellung – zu der Auffassung, dass sich der Bekanntheitsgrad der Leobener Hochschule schon aus Gründen der Größe nicht mit derjenigen der ETH und der RWTH vergleichen lässt, und dass auch keine entsprechende Abkürzung geläufig ist. Wie der Berichtstatter unlängst festgestellt hat, fügt im Übrigen die RWTH AACHEN ihrem Namen nunmehr auch den Ausdruck UNIVERSITÄT hinzu.

Der diskutierte Entwurf des Universitätsorganisationsgesetzes (UOG), der noch in der Wirkungszeit der vorhergehenden ÖVP-Alleinregierung erarbeitet worden ist, wurde im weiteren Verlauf von der Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg zurückgezogen und hat erst später eine veränderte Neuauflage erfahren. In dem schließlich am 11. April 1975 vom Nationalrat beschlossenen Universitätsorganisationsgesetz werden im § 11 alle wissenschaftlichen hohen Schulen als Universitäten bezeichnet.

c) Sicherung der Gründung eines Instituts der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Leoben

Bedauerlicherweise ist es nicht gelungen, zu der zu besprechenden Frage Akten des Rektorates zu finden. Außer auf Erinnerungen kann immerhin jedoch auf drei schriftliche Quellen verwiesen werden. Dies ist zum Ersten die Erwähnung des Beschlusses der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vom 12. Dezember 1969, in Leoben ein Institut für Festkörperphysik zu errichten, die sich in dem offiziellen Bericht über die Rektoratsjahre 1968/69 und 1969/70 befindet, und der damit verbundene eher kryptische Satz des Berichtstatters: „Auch mit dieser Frage waren wir in den vergangenen zwei Jahren intensiv befasst.“ (9, S. 10). Es ist zum Zweiten der in **Abb. 5** wiedergegebenen Brief des Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. phil. DDr. h. c. Erich Schmid, an den Berichtstatter vom 3. November 1971. Professor Schmid war in die einschlägigen, jedoch Professor Reitz im Detail nicht mitgeteilten Bemühungen des Rektors einbezogen gewesen. Der Brief ist die Antwort auf eine Gratulation. Die dritte Quelle ist der Text „Entstehungsge-

schichte des Erich-Schmid-Institutes für Festkörperphysik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Festvortrag zur feierlichen Eröffnung des Institutes am 3. Mai 1976“, der sich in dem in Abschnitt 2.e) bereits genannten Buch von Professor Dr. Arno W. Reitz befindet (18).

In diesem Text schildert Professor Reitz auf acht Seiten die recht komplexe Entstehungsgeschichte des Instituts. Diese begann mit der im Studienjahr 1959/60 ergangenen Anregung des damaligen Referenten für das Hochschulwesen bei der Steiermärkischen Landesregierung, Hofrat Dr. Werner Blanc, in Leoben in Zusammenarbeit mit der Montanistischen Hochschule ein von der Industrie getragenes kooperatives Institut für Metallforschung zu gründen. Das sollte nach dem Muster des bereits bestehenden von der österreichischen Gießereindustrie finanzierten kooperativen Instituts für Gießereiforschung geschehen, dessen Vorstand gleichzeitig Ordinarius für Gießereikunde der Montanistischen Hochschule war. Es ist hier nicht die Notwendigkeit gegeben, diese von Professor Reitz aufgenommene und mit großem Engagement über anderthalb Jahrzehnte vorangetriebene

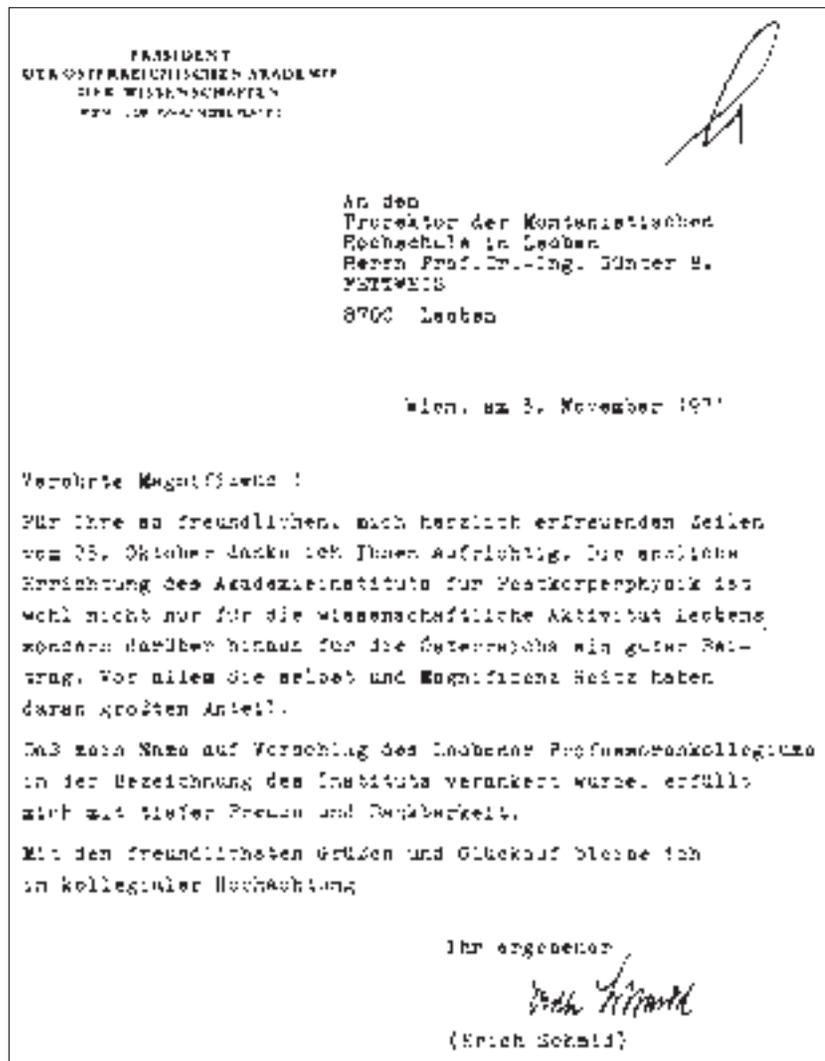


Abb. 5: Brief des Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Prof. Dr. DDr. h. c. Erich Schmid an den Prorektor der Montanistischen Hochschule Prof. Dr. G. B. Fettweis vom 3. November 1971

und entscheidend bestimmte Entwicklung im Einzelnen darzulegen. Ein wesentliches Ereignis war die von ihm erreichte Gründung des vor allem von der Industrie, aber auch vom Land Steiermark getragenen „Vereins zur Förderung der Eisen- und Metallforschung“ am 20. Juni 1967, dessen Präsidentschaft Landeshauptmann Josef Krainer I übernahm und dessen Geschäftsführer Professor Dr. Reitz wurde. Dieser Verein sollte das Institut als Rechtspersönlichkeit betreiben. Bereits vor dieser Gründung hatte das Bundesministerium für Unterricht in Aussicht gestellt, an der Hochschule ein Institut für Metallphysik zu genehmigen, sofern dafür und für die gleichzeitige Leitung des kooperativen Instituts eine geeignete Persönlichkeit gefunden werden könnte. Ein weiterer wesentlicher Schritt war eine Absprache zwischen Professor Reitz und dem damaligen Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Erich Schmid, im Frühjahr 1968 „nach einer ersten nicht ergebnisvollen Kontaktnahme ein Jahr zuvor“ (18), das von diesem zunächst unabhängig von dem Leobener Vorhaben erwogene Akademie-Institut für Festkörperphysik außerhalb von Wien mit den Leobener Plänen zu koordinieren. Entsprechend entstand nunmehr das Konzept, ein Akademieinstitut für Festkörperphysik, ein Hochschulinstitut für Metallphysik und ein kooperatives Institut für Auftragsforschung auf dem Gebiet der Eisen- und Metallforschung in enger Verbindung miteinander zu errichten und von einer Person leiten zu lassen.

Zur weiteren Entwicklung heißt es zunächst bei Professor Reitz (18): „Der zunehmenden Konkretisierung der Pläne entsprach die Verdichtung und der wachsende Umfang der Beratungen“, in die neben dem genannten Verein und der Montanistischen Hochschule, „vertreten durch ihren jeweiligen Rektor“, das Land Steiermark, die Bundesministerien für Unterricht sowie für Bauten und Technik, das Präsidium der Akademie der Wissenschaften und zunehmend auch die Generaldirektion der österreichischen verstaatlichten Industrie einbezogen waren, jeweils zum Teil mit mehreren Personen. Dabei gab es im Frühjahr 1970 eine sehr wesentliche Änderung des Konzeptes. Darüber findet sich in dem Bericht von Professor Reitz die folgende, an eine andere Aussage anschließende sowie relativ kurze und zurückhaltende Feststellung, „...eine Monsterbesprechung im Bautenministerium im Februar und eine ähnlichen Umfanges im März im Sitzungssaal der Montanistischen Hochschule erbrachten das Ergebnis, daß die dritte Komponente des Konzeptes, die die erste gewesen war, nämlich das kooperative Institut, fallen gelassen wurde: nur mehr eine Zweierheit verfolgt wurde, das Akademieinstitut in Personalunion mit dem Institut für Metallphysik der Montanistischen Hochschule. Der Verein war dementsprechend umzubauen; er wurde aus einem Rechtsträger und Finanzierer des kooperativen Institutes zu einer Förderungsinstitution für das Akademieinstitut, eine sehr nützliche Einrichtung, die für die Empfangnahme von Subventionen an keine Ressortgrenzen gebunden ist. Auch der Name wurde geändert; ... er heißt nun ‚Gesellschaft zur Förderung der Metallforschung‘“.

Beide „Monsterbesprechungen“ waren auf Initiative des Rektors zustande gekommen. Es ging ihm dabei darum,

alle irgendwie beteiligten Personen an einen Tisch zu bekommen und damit gemeinsame Beschlüsse möglich zu machen, die später nicht mehr – wie zuvor geschehen – von irgendeiner nicht anwesend gewesenen Institution oder Person infrage gestellt werden konnten. Maßgeblich dafür war der im Zuge der Beratungen vom Rektor gewonnene sichere Eindruck, dass aus den in Abschnitt 2.e) genannten Gründen sich bei den Beratungen Kräfte am Werk zeigten, welche die Errichtung des Instituts in Leoben zu verhindern versuchten. Insbesondere hat der Rektor es daher auch unternommen, beide Konferenzen durch persönliche Besuche bei allen an den Sitzungen beteiligten Personen, so weit es eben ging, vorzubereiten. Auf der ersten Konferenz war es noch nicht möglich, zu einer einvernehmlichen Lösung der verschiedenen vor allem organisatorischen und finanziellen und dabei teilweise auch – es sei offen gesagt – vorgeschobenen Probleme zu kommen. Dies gelang erst auf der zweiten Konferenz, nachdem der Rektor alle Beteiligten bei erneuten, zum Teil mehrfachen Besuchen sozusagen „einschwören“, d. h. von ihnen ihr Versprechen hatte erhalten können, der sich als erforderlich erweisenden Lösung bei der nächsten Zusammenkunft zuzustimmen. Wie sich ergeben hatte, war es nämlich eindeutig nur durch den Verzicht auf die vorher bestehende maßgebliche Position des „Vereins zur Förderung der Eisen- und Metallforschung“, dessen Geschäftsführung bei Professor Reitz lag, möglich geworden, das vorgesehene Institut in Leoben Wirklichkeit werden zu lassen.

Ungeachtet dessen, bleibt es das große Verdienst von Professor Dr. Arno W. Reitz, seiner über ein Jahrzehnt anhaltenden intensiven, fachlich fundierten und unermüdlichen Bemühungen, dass sich ein sehr erfolgreiches größeres Forschungsinstitut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften heute in Leoben befindet und nicht etwa, wie es zunächst von Professor Schmid angedacht war, in seiner Geburtsstadt Bruck a. d. Mur. Das Institut ist inzwischen im Hinblick auf einen größeren Wirkungsbereich in Erich-Schmid-Institut für Materialwissenschaft umbenannt worden.

7. Zu den Aktivitäten zur Verbesserung des Bekanntheitsgrades

Im Berichtsraum fand eine intensive Öffentlichkeitsarbeit statt. Dabei wurden insbesondere zwei Ziele verfolgt: Zum Ersten galt es, in der Allgemeinheit und insbesondere an den Höheren Schulen die Kenntnis von der Existenz der Montanistischen Hochschule stärker bewusst zu machen, die sogar in weiten Kreisen völlig fehlte. Und zum Zweiten musste dort, wo diese Kenntnis existierte, die vielfach vorhandene Annahme, es handele sich nur um eine Hochschule für Bergbau, korrigiert werden, die möglicherweise noch eine Folge des Namens „Bergakademie“ für die Montanistische Hochschule im 19. Jahrhundert war. Folgende Aktivitäten mögen hier genannt sein: Mehrere Pressekonferenzen, mehrere Sendungen im Österreichischen Rundfunk, Herausgabe je einer Sonderausgabe des Informationsdienstes für Bildungspolitik und Forschung und der Tageszeitung „Die Presse“, Druck eines Plakates über die Studienmöglichkeiten in Leoben, das an alle Mittel-

schulen Österreichs verschickt wurde, wie auch weiterer Schriften zur Information einer breiteren Öffentlichkeit, die in größerer Auflage verteilt wurden, Veranstaltung von mehreren Tagen der offenen Tür für Höhere Schulen sowie Vorträge zur Berufsberatung in mehreren Bundesländern. Außerdem wurde mit den Vorbereitungen eines Films für das Fernsehen in Zusammenarbeit mit dem Rektor der Akademie für Musik und Darstellende Kunst in Wien begonnen. Nicht zuletzt wurde eine eigene Pressestelle mit einem dafür aus dem Fundus der Hochschule besoldeten Dienstposten geschaffen. Unverständlicherweise ist diese allerdings im Studienjahr 1970/71 vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung verboten worden. – Der mit dem Studienjahr 1969/70 gemäß Abb. 1 beginnende Wiederanstieg der Neuinskriptionen, auf den bereits im Abschnitt 5 verbunden mit einigen Zahlen hingewiesen worden war, ist fraglos maßgeblich auch durch die vorgestellte Öffentlichkeitsarbeit und die entsprechenden Bemühungen der damit betreuten Personen bestimmt worden.

Darüber hinaus hat der Rektor auch verschiedene seiner Aktivitäten im Rahmen der Österreichischen Rektorenkonferenz sich selbst und Dritten gegenüber mit dem Bestreben begründet, Leoben „ins Gerede“ zu bringen. Darin hat er sich durch den Vorwurf der „Ungeheuerlichkeit“ bestätigt gefühlt, den er vom Prorektor der Wiener Universität erhielt, nachdem er am Ende der ersten Rektorenkonferenz, an der er teilnahm, d. h. am 31. Oktober 1968, den – im weiteren Verlauf voll erfolgreichen – Antrag gestellt hatte, die Angelegenheiten der Rektorenkonferenz nicht mehr wie bisher sozusagen nebenamtlich durch das Rektorat der Universität Wien wahrnehmen zu lassen, sondern „das BMFU zu ersuchen, für die Rektorenkonferenz als gesetzlich gegebene Vertretung einen Apparat zu schaffen, der sie befähigt, in der heutigen Zeit ihren gesetzlichen Pflichten zu genügen“. (17, S. 331). Weitere einschlägige Aktivitäten des Rektors waren die Mitarbeit in mehreren Ausschüssen der Rektorenkonferenz, insbesondere im Planungsausschuss, sowie die Erarbeitung und Formulierung der „Empfehlungen der österreichischen Rektorenkonferenz zur Neugestaltung der Universitätsorganisation“ gemeinsam mit den Rektoren A. Köhler (Hochschule für Tiermedizin), W. Kraus (Universität Wien), W. Waldstein (Universität Salzburg) und R. Wurzer (Technische Hochschule Wien) (19). Die Mitarbeit im Planungsausschuss hat u. a. zu der Zuteilung vorher sorgsam beratener Forschungsschwerpunkte an die Montanistische Hochschule geführt.

8. Resümee und ergänzende Bemerkungen

- a) Aufgrund der in den Abschnitten 5 und 7 geschilderten Aktivitäten war es gemäß Abbildung 1 zu einem Wiederanstieg der Neuinskriptionen nach dem Tiefstand im Studienjahr 1968/69 gekommen und damit die Hauptproblematik des Berichtszeitraumes bezwungen.
- b) Die vorgestellten Aktivitäten sind nur dadurch möglich gewesen, dass die gesamte Hochschule sich nach innen einig war und geschlossen nach außen zusam-

mengehalten hat. Das betraf Professoren, Assistenten und Studenten in gleicher Weise und entsprechend auch das Verhältnis zwischen dem Professorenkollegium als akademischer Behörde sowie dem Assistentenverband und der Österreichischen Hochschülerschaft. Der Berichtersteller führt diesen besonderen Zusammenhalt auf die Solidarität zurück, die sich weltweit im Untertagebergbau wegen der dort herrschenden überdurchschnittlichen Gefahren zwischen den Bergleuten herausgebildet hat und die vom gesamten Montanwesen übernommen worden ist; man muss sich unbedingt aufeinander verlassen können. Dies bedeutet nicht, dass es in der Berichtszeit keine intern zu diskutierenden Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, aber diese sind nie zu einem Streit oder Zerwürfnis geworden. Inneruniversitäre Gräben hat es nicht gegeben. Das trifft nach der Erinnerung des Berichterstatters im Übrigen praktisch für seine gesamte aktive Dienstzeit als Universitätsprofessor (1959-1993) zu.

- c) „Der große Aufbruch der Montanuniversität Ende der 60er-Jahre“ (3) war allerdings auch mit einem entsprechenden Aufwand für Rektor und Professorenkollegium verbunden. Die Bewältigung der besonderen Herausforderungen musste ja zusätzlich zu den normalen Managementarbeiten für Lehre, Forschung und Verwaltung geleistet werden. In den beiden Berichtsjahren 1968/69 und 1969/70 mussten daher neben sechzehn ordentlichen auch zwölf außerordentliche Sitzungen des Professorenkollegiums stattfinden und damit jedenfalls mehr als in jeder anderen vergleichbaren Periode in den vergangenen fünfzig Jahren. Hinzu kamen, wie dies vor allem in Abschnitt 3 dargelegt worden ist, zahlreiche andere Sitzungen im vorliegenden Zusammenhang, insbesondere solche des Hochschulkonvents und der Studienkommissionen sowie verschiedener Ausschüsse des Professorenkollegiums als akademischer Behörde. Die Nachteile dieser „Sitzungsuniversität“ im Hinblick auf Einbußen bei der Forschung sind gleichfalls bereits in Abschnitt 3 und in der Anlage 8 angegeben.
- d) Der Arbeitstag des Rektors endete selten vor 21 Uhr und oft noch später. Auch freie Wochenenden gab es mit Ausnahme der Sommermonate kaum. Vor allem in der Semesterzeit, aber auch in den Semesterferien mit Ausnahme eines kurzen Sommerurlaubs war der Rektor fast jede Woche in Wien, häufig zweimal und gelegentlich sogar dreimal. Eine entsprechende Beeinträchtigung seines Familienlebens ergab sich damit unausweichlich. Darüber hinaus war diese aufgezeigte Tätigkeit auch nur dadurch möglich gewesen, dass der Rektor bei der Erfüllung seiner parallel dazu bestehenden Aufgaben in Lehre, Forschung und Verwaltung am Institut für Bergbaukunde der Montanistischen Hochschule in einem außerordentlich großen und dankenswerten Ausmaß von seinem Mitarbeiter am Institut, dem damaligen Hochschulassistenten und späteren Universitätsprofessor Dr. Erich Lechner, unterstützt worden ist.

- e) Der große Arbeitsaufwand der Rektorstätigkeit war jedenfalls – neben der Absicht, den Anschluss an sein Fachgebiet nicht zu verlieren – auch maßgeblich für den Entschluss des Rektors, entgegen dem einhelligen Vorbringen seiner Kollegen im Professorenkollegium einem dringenden Wunsch seiner Frau zu folgen und sich für eine dritte Periode als Rektor nicht mehr als Kandidat zur Verfügung zu stellen. Zur Übernahme des Rektoramtes war daraufhin ausdrücklich nur Professor Dr. Arno W. Reitz bereit, der entsprechend auch erneut – er hatte dieses Amt schon in den Studienjahren 1965/66 und 1966/67 inne – zum Rektor gewählt worden ist. Um Zeit zu gewinnen, aber vor allem auch um einen eigenen Vorschlag zur Hochschulreform zu konkretisieren, ist der Berichtserstatter zudem mit Wirkung vom März 1972 auch als Prorektor zurückgetreten. Eine nähere Auskunft hierüber vermittelt die Anlage 17. Ebenfalls ist der Berichtserstatter zu dieser Zeit aus den verschiedenen Ausschüssen der Rektorenkonferenz ausgetreten, in denen er als Prorektor weiter tätig gewesen war. Im Zuge dieser Tätigkeit war er 1970 Mitglied der Parlamentarischen Hochschulreformkommission (PHK) geworden und hat in dieser Funktion u. a. über die bisherigen Erfahrungen mit den Studienkommissionen publiziert (20). Insbesondere hat er auch als Beauftragter der Rektorenkonferenz und als Mitglied der Parlamentarischen Hochschulreformkommission im Mai 1971 an einer 14-tägigen und weitgehend auch von ihm vorbereiteten Reise der Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg durch Deutschland und die Schweiz zum Zwecke des Studiums der dortigen Hochschulreformen teilgenommen und darüber berichtet (21, 22). – Aufgrund der genannten Schritte stand der Berichtserstatter mit Beginn des Sommersemesters 1972 wieder voll für seine Institutsaufgaben in Lehre, Forschung und Verwaltung zur Verfügung.
- f) Für den Berichtserstatter waren die zwei Jahre seiner Rektorszeit nicht nur mit einer Beeinträchtigung seiner wissenschaftlichen Arbeiten verbunden, sieht man von Aufsätzen zur Bergbaukunde im Allgemeinen und insbesondere zum Hochschulwesen ab, sondern sie haben auch eine gewisse Zäsur bei diesen Arbeiten zur Folge gehabt. Zwar hat sich der Berichtserstatter seit Aufnahme seiner Tätigkeit als Professor stets darum bemüht, auf dem Gesamtgebiet seines Faches wissenschaftlich tätig zu sein, gleichzeitig ist es dabei aber auch seit Anbeginn zu gewissen Schwerpunkten gekommen (23, 24, 25, 26). In den knapp zehn Jahren vor seiner Rektorszeit waren dies vor allem die gebirgsmechanischen Zusammenhänge bei der Gesteinsbearbeitung, sozusagen von „*Schlägel und Eisen*“, sowie auf dem Gebiet der Bergtechnik im engeren Sinne die Abbauverfahren des Untertagebergbaus. Nach der Rektorszeit verschoben sich die Arbeitsschwerpunkte zu stärker bergwirtschaftlichen und übergeordneten Problemen. Dazu zählten sowohl Fragen des sich in Schwierigkeiten befindlichen europäischen Kohlenbergbaus – von denen sich der Berichtserstatter aufgrund seiner Tätigkeit als leiten-

der Ingenieur im Ruhrbergbau vor seiner Berufung nach Leoben (zuletzt als Betriebsdirektor des Steinkohlenbergwerks Osterfeld in Oberhausen-Osterfeld) besonders angesprochen fühlte – als auch solche des Wesens, Werdens und Wirkens der Bergbaukunde als Kernfach der Bergbauwissenschaften. Als ein durch letzteres angeregter weiterer Schwerpunkt entwickelte sich die Behandlung von Problemen der Lagerstättenbewirtschaftung bzw. der Geo-Bergbaubedingungen einschließlich der bergmännischen Gebirgsmechanik als Teilgebiet der Bergbaukunde. Es mag dahingestellt bleiben, ob bei diesen Verlagerungen mehr die Gewinnung einer umfassenderen Sicht auf wirtschaftliche und politische Fragen eine Rolle gespielt hat, die mit der Rektorstätigkeit unter schwierigen Bedingungen fraglos verbunden gewesen ist, oder ob dabei stärker die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme des europäischen Bergbaus in der betrachteten Zeit und deren Folgen für den Wirkungsbereich der Bergbauwissenschaften von Bedeutung waren.

Eine einschlägige Übersicht über den größten Teil der aktiven Dienstzeit des Berichtserstatters als Professor vermittelt der Aufsatz „Arbeiten am Institut für Bergbaukunde der Montanuniversität Leoben in den Jahren 1959 bis 1984“ (27). Einige ergänzende Einzelheiten gehen aus Anlage 18 hervor. Diese enthält neben Zitaten zweier Stellungnahmen von dritter Seite insbesondere die Schwerpunktentwicklung nach Maßgabe der wichtigsten Bücher des Berichtserstatters.

- g) Nicht versäumen möchte es der Berichtserstatter, ergänzend noch eine Erinnerung zu nennen, die er gleichfalls mit seiner Rektorszeit und insbesondere der anschließenden Prorektorszeit verbindet. Im September 1970 trat Mag. Heinrich Schnuderl seinen Dienst als neuer Hochschulseelsorger für die Montanistische Hochschule an. Aufbauend auf der Arbeit seines Vorgängers Pater Kraxner gelang es ihm dank seiner Fähigkeiten und seines großen persönlichen Einsatzes – insbesondere durch Aufnahme persönlicher Kontakte –, die Hochschulgemeinde in relativ kurzer Zeit zu einer sehr lebendigen und wesentlich größeren Gemeinschaft von Studenten, Assistenten und Professoren auszubauen, als sie es vorher gewesen war, zu einer Gemeinde, mit einer eigenen Kapelle, eigenen Räumen (Franz-Josef-Straße 25), laufenden Veranstaltungen und einer eigenen Zeitschrift. Der Berichtserstatter konnte dabei helfen. Er denkt an dieses gemeinsame Wirken mit großer Freude und auch mit Dankbarkeit zurück. Im August 1982 endete die Leobener Tätigkeit von Dr. Schnuderl, der in dieser Zeit auch promoviert hat. Zum Zeitpunkt dieser Niederschrift ist er Stadtpropst von Graz, Leiter des Pastoralamtes der Diözese Graz-Seckau und Bischofsvikar.
- h) Schließlich sei ergänzend noch vermerkt, dass die in diesem Aufsatz einschließlich der Anlagen geschilderten Erfahrungen des Berichtserstatters nicht zuletzt auch seine Weltsicht mitbestimmt haben, die in seiner Publikation (28) aus dem Jahre 2007 zur Diskussion gestellt ist.

9. Anlagen und Anmerkungen

1. Der Berichtersteller dankt Frau Ingrid Karpf, Leiterin des Büros des Rektors, auch auf diesem Wege herzlich für ihre Hilfe bei der Beschaffung der erbetenen Akten, die mit einem verhältnismäßig großen Aufwand verbunden war. Das entsprechende Hochschularchiv, das der Berichtersteller seit vielen Jahren gefordert hat (11, S. 287), ist zwar erfreulicherweise nunmehr in Angriff genommen worden, befindet sich aber erst im Aufbau.
2. Tragendes Motto der studentischen 68er-Bewegung war auch in Österreich der Satz „*Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren*“. Allerdings ist an allen österreichischen Universitäten die Bewegung weniger „*revolutionär*“ verlaufen als an vielen deutschen und französischen Hochschulen, wahrscheinlich nicht zuletzt, weil eine durchgreifende Studienreform bereits mit dem Allgemeinen Hochschulstudienengesetz vom 15. Juli 1966 in Angriff genommen worden war. Das bekannteste Ereignis im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung in Österreich, die so genannten „*Uni-Ferkelei*“, hat am 7. Juni 1968 zwar in einem Hörsaal der Universität Wien stattgefunden, ist aber nicht von den anwesenden Studenten, sondern als „*Happening*“ von Personen veranstaltet worden, die als Kunst-Aktionisten bezeichnet werden (Otto Mühl, Günter Brus und Ossi Wiener). Immerhin hat es aber – vor allem an der Universität Wien – auch von Seiten der Studenten einige gewaltsame Demonstrationen gegeben, darunter die Störung der Inauguration des neuen Rektors der Universität Wien, des Altphilologen Professor Dr. phil. Dr. phil. h.c. Walther Kraus, im Herbst 1968, die der Berichtersteller selbst erlebt hat. Mit Geschrei und Plakaten „*Der Alte muss weg*“ und Wurfgeschossen (Eier, Tomaten ?), denen der anwesende Kardinal König nur knapp entging, sollte der weitere Ablauf der Veranstaltung verhindert werden. Erfreulicherweise konnten die demonstrierenden Studenten aus dem Saal entfernt und die Inauguration konnte fortgesetzt werden. Nicht unerwähnt bleiben sollen ferner die relativ schweren Demonstrationen und Auseinandersetzungen an der Universität Wien, die anlässlich eines privaten Besuches des Schahs von Persien und im Zusammenhang mit der Inaugurierung des US-Präsidenten Richard Nixon am 20. Jänner 1969 stattfanden, in deren Verlauf das Gefallenendenkmal in der Aula der Universität beschädigt und mehrere Personen verletzt worden waren (17, S. 334). Auch so genannte „*sit-ins*“, d. h. die Besetzung von Räumlichkeiten einschließlich solchen des Rektorats, sind an mehreren Universitäten vorgekommen, darunter in Graz.
3. Die Studienrichtung Gesteinshüttenwesen ist von Professor Dr. Felix Trojer ins Leben gerufen worden, Inhaber des dafür Mitte der 60er-Jahre vom Professorenkollegium (aufgrund von Anregungen des Professors für Bergbaukunde) beantragten und im Jahr 1966 geschaffenen Lehrstuhls für Gesteinshüttenkunde. Die Studienrichtung besteht heute jedoch nicht mehr unter diesem Namen, sondern ist in dem Masterstudium „*Mineral Resources: Processing & Materials*“ der Studienrichtung Bergwesen aufgegangen. Die Studienrichtung Montanmaschinenbau geht auf die Initiative des Ordinarius für Allgemeinen Maschinenbau Professor Dr. Karl Trutnovsky, Rektor des Studienjahres 1964/65, zurück. Zwecks Ausbau dieser neuen Studienrichtung wurde das Institut für Berg- und Erdölmaschinen auf Anregung des Berichterstatters (die er zeitweise bedauert hat) in eines für Fördertechnik und Konstruktionslehre umbenannt und entsprechend auch umgestaltet. Zu der Studienrichtung Angewandter Geophysik, die vom Ordinarius des gleichnamigen Faches Professor Dr. Franz Weber vorgeschlagen worden war, ist es aus Ressourcenmangel nicht gekommen. Mit der vom seinerzeitigen Ordinarius für Geologie und Lagerstättenlehre, Professor Dr. W. E. Petrascheck, vorgeschlagenen Studienmöglichkeit Montangeologie, die es heute nicht mehr gibt, die aber längere Zeit erfolgreich bestand, hatte Professor Petrascheck einen Vorschlag des Berichterstatters, ein vollständiges Studium der Geologie und Lagerstättenlehre in Leoben einzurichten, beantwortet, wenn auch in eingeschränkter Form. Professor Petrascheck glaubte

damals, dem umfassenderen Vorschlag aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen zu können. – Die heutige Studienrichtung Angewandte Geowissenschaften geht auf Initiativen des seinerzeitigen Ordinarius für Prospektion, Lagerstättenerschließung und Mineralwirtschaft, Professor Dr. phil. Walter J. Schmidt, Anfang der 1980er-Jahre zurück. Dies geschah in Abstimmung mit dem Berichtersteller; Professor Schmidt gehörte, nachdem sein Institut im Zuge von Institutszusammenlegungen aufgelassen worden war, von 1982 bis zu seiner Emeritierung 1989 je zur Hälfte den Instituten für Bergbaukunde, Bergtechnik und Bergwirtschaft und für Geowissenschaften an (27, 29), ersteres für das Fachgebiet Lagerstättenerschließung und Mineralwirtschaft, letzteres für das Fachgebiet Prospektion.

4. Ausdrücklich sei im angesprochenen Zusammenhang das Folgende festgehalten: In seiner Dienstzeit zwischen seiner Ernennung im August 1958 bzw. seinem Dienstantritt im Jänner 1959 einerseits und seiner Emeritierung mit Wirkung vom 1. Oktober 1993 andererseits ist der Berichtersteller bei keiner einzigen Gelegenheit mit der von „*Rau*“ sehr missverständlich formulierten Sachlage konfrontiert gewesen, nach welcher die Absolventen der heutigen Montanuniversität „*großen Teils in einer besonderen Atmosphäre ausgebildet worden*“ sind [Sperrung vom Berichtersteller] (12). Von Lehrveranstaltungen, auf welche das zuträfe, hat der Berichtersteller in seiner nunmehr 50-jährigen Zugehörigkeit zur Montanuniversität kein einziges Mal gehört. Ebenfalls war in keiner der vielen hundert Sitzungen des Professorenkollegiums und der Berufungsausschüsse, an welchen der Berichtersteller teilgenommen hat, der von „*Rau*“ genannte „*besondere Geist*“ nur im Geringsten spürbar. Demgemäß hat dieser „*Geist*“ auch weder bei der Wahl von Rektoren (einschließlich von Professor Reitz) noch bei deren Wirken als Vorsitzende des Professorenkollegiums in irgendeiner Weise eine Rolle gespielt. Eine Heimstätte hat die von Rau genannte „*Atmosphäre*“ stattdessen aber in einigen der an der Montanuniversität vertretenen so genannten freiheitlichen Korporationen gehabt und hat sie möglicherweise im zugelassenen Rahmen auch heute noch. Der Anteil der Angehörigen freiheitlicher Korporationen an der Gesamtzahl der Leobener Studenten ist jedoch im Verlaufe der Zugehörigkeit des Berichterstatters zur Montanuniversität ständig zurückgegangen. Während die freiheitlichen Verbindungen in seiner Zeit als Rektor noch die weitaus größte Fraktion der Österreichischen Hochschülerschaft in Leoben bildeten und damit auch deren Vorsitzenden stellten, war dies in der zweiten Hälfte seiner Dienstzeit schon nicht mehr der Fall und bei der letzten Wahl zur Österreichischen Hochschülerschaft im Jahr 2007 entfiel auf die entsprechende Fraktion, die Liste der Leobener Studenten, ein Anteil von nur noch 15 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. *Ausgebildet* worden, wie „*Rau*“ es formuliert, sind die Studenten – es sei wiederholt – in dem von ihm angesprochenen Geist also keineswegs. Diese Wendung des Journalisten Rauscher kann – so hofft der Berichtersteller – nur auf einem Missverständnis beruhen. – In diesem Zusammenhang vermerkt der Berichtersteller allerdings, in seiner Wirkungszeit immer wieder verspürt zu haben, dass die Provinzstadt Leoben weit von der Bundeshauptstadt entfernt liegt und dass sich entsprechend in Wien noch lange Zeit Auffassungen über Leoben halten können, für die es an der Montanuniversität keine Grundlage mehr gibt.
5. Arno W. Reitz war in den Jahren 1938 bis 1945 zeitweise Schulleiter der NSDAP und auch NS-Dozentenführer in Graz. Er hat daher nach dem Krieg auch mehr als zwei Jahre in dem von der amerikanischen Besatzungsmacht für ehemalige Nationalsozialisten eingerichteten Gefangenenlager Glasenbach verbracht, obwohl kein gesetzlicher Strafbestand gegen ihn vorlag. Seine ihm aberkannte Habilitation aus dem Juni 1938 ist ihm erst im Oktober 1957 wieder zuerkannt worden.
6. Eine gute Darstellung der Beweggründe, Nationalsozialist zu werden, findet sich in dem ersten Kapitel „*Die Saat des Bösen*“ des Buches „*Vom Anschluss bis zum Staatsvertrag – Die Stei-*

ermark 1938-1955“ von Günther Jontes und Günter Schilhan (30). Darin wird u. a. der langjährige Landeshauptmann der Steiermark Josef Krainer II wie folgt zitiert: „Die Wirtschaftssituation war sicherlich ein Nährboden für den Nationalsozialismus, genauso wie die Pariser Vorortverträge, die Zerschlagung der Donaumonarchie usw. Die Menschen hofften, dass in einem Großdeutschen Reich diese Probleme eher gelöst werden könnten. ...Viele dieser Leute – und das vergisst man ja heute vielfach – waren Idealisten und haben es gut gemeint. Sie sind in die Irre geführt worden und gerieten in ein verbrecherisches Regime, wie sie es sich niemals vorstellen hätten können. ... Es herrschte eine große Zerklüftung innerhalb der Bevölkerung und es gab die Hoffnung, zu einer neuen Einheit zu kommen. Es gab ja auch die große Reichsidee des ‚Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation‘. Vieles war da im Hinterkopf.“

Nach den Eindrücken des Berichterstatters war die großdeutsche Idee in der Steiermark, die sprachlich ein Grenzland ist, stark vertreten, nicht zuletzt aufgrund des Beispiels von Erzherzog Johann von Österreich, des „Steirischen Prinzen“, der nach der anfänglich erfolgreichen Revolution in den Jahren 1848 und 1849 als „Deutscher Reichsverweser“ und damit als eine Art großdeutscher Staatsoberhaupt in Frankfurt am Main residiert hat (31) und von dem der Berichterstatter einmal auf einem Portrait von ihm das von Hand geschriebene Motto gelesen hat „Nicht Preußen, nicht Österreich, das ganze Deutschland muss es sein.“ In dem Buch von Ernst Hoor „Erzherzog Johann von Österreich als Reichsverweser“ findet sich in diesem Zusammenhang die folgende Stelle (31, S. 106): „Bezeichnend für die Einstellung des Erzherzogs war sein Bekenntnis vom 11. Juli 1848 anlässlich seiner Amtsübernahme in Frankfurt: ‚Hat man einmal den Entschluss gefasst, so muss man sich ganz dem widmen, wozu man berufen ist, nämlich der deutschen Nation.‘ Die bei zahlreichen anderen Anlässen geäußerten Bekenntnisse des Erzherzog-Reichsverwesers zum Deutschtum, zum deutschen Volk und zu dessen Einigungsstreben wurden in Wien und Olmütz (der kaiserlichen Residenz der Revolutionszeit) nicht unbedingt mit Wohlgefallen und Zustimmung vermerkt.“

Die oben genannte Sicht des Berichterstatters zur Bedeutung der großdeutschen Idee in der Steiermark wird auch durch die Gründung des „Ennstaler Kreises“ durch den Landeshauptmann der Steiermark Josef Krainer I und den steiermärkischen Landtagsabgeordneten Alfred Rainer einige Jahre nach dem Kriege bestätigt, die den Zweck verfolgte, (ehemals ?) großdeutsch Denkende im Wege einer Pflege christlichen und christlich-sozialen Gedankengutes an die zweite Republik heranzuführen. Dem „Ennstaler Kreis“, der in abgewandelter Form auch heute noch besteht, gehörte Professor Reitz viele Jahre an. Das verstärkt die Annahme des Berichterstatters, dass Arno W. Reitz, der in seiner Jugend Mitglied der Wandervogelbewegung gewesen war, sehr wahrscheinlich durch die großdeutsche Idee zu einem Parteiangehörigen des Nationalsozialismus geworden ist.

7. Die Schrift „die kleine reform – Dringlichkeitsprogramm des VStStÖ das im Rahmen des Hochschulkonvents diskutiert werden soll“ (14) enthält ein Vorwort und die Vorstellung von mehreren Modellen für Reformmaßnahmen auf elf Seiten. Im Vorwort sind die folgenden zwei Sätze fett gedruckt: „Eine Hochschule darf nicht nur Ausbildungs-, sondern muss auch Bildungsstätte sein.“ „Das Grundprinzip der Studienreform ist die Vermeidung einer Aufspaltung des Studiums in beziehungslose Einzelfächer und die Forderung einer allgemeinen Ausbildung auf breiter Basis.“ Die jeweils auf einer Seite mit mehreren Unterpunkten zur Diskussion gestellten Modelle tragen folgende Überschriften: „Modell I – Vorschläge zur Studienzeitverkürzung an der Montanistischen Hochschule; Modell II – Vorschläge zum attraktiveren Gestalten der Vorlesungsveranstaltungen; Modell IIa – Alternativvorschlag (Koll. Kühn, Messner und Abtahi); Modell III – Vorschlag eines außerfachlichen Institutes an der Montanistischen Hochschule; dieses Institut soll den Studenten hinsichtlich seiner Allgemeinbildung betreuen: Hochschulsport, Fremdsprachen, Geisteswissenschaften,

Finanzwissenschaften, Rechtskunde, Menschenführung, alle geschichtlichen Vorlesungen etc., Theater und Konzertfahrten, Vortragsreihen aller Art; Modell IV – Überprüfung der Montan-Hochschule Leoben nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen;“ dazu heißt es u. a.: „Die Zusammenlegung der Institutswerkstätten in eine Zentralwerkstätte muss diskutiert werden! Das Bibliothekswesen muss ebenfalls überarbeitet werden! Die Forschung kann man nicht rationalisieren – die Forschungsmittel allerdings!“ - Im Anschluss an die Vorstellung der Modelle wird das offensichtlich als Hauptpunkt angesehene Modell I auf vier kleingedruckten Seiten eingehenden erläutert.

8. Im Abschnitt „Zur Forschung“ des Berichtes „Die Montanistische Hochschule in den Studienjahren 1968/69 und 1969/70“ (9) heißt es u. a.: „In den zehn Jahren zwischen 1958 und 1968, also bis zum Beginn des Berichtszeitraumes, hatte sich die jährliche Zahl der Dissertationen an unserer Hochschule etwa vervierfacht, die jährliche Zahl der technisch-wissenschaftlichen Berichte und Patentanmeldungen sogar mehr als verzehnfacht. Bezogen auf den Stand des Jahres 1968 sanken dagegen je Jahr des Berichtszeitraumes die Zahl der Dissertationen wiederum um nahezu 38 % und die Zahl der Veröffentlichungen um 32 %, beides zusammen also um etwa ein Drittel, ab. Die Zahl der technisch-wissenschaftlichen Berichte und Patentanmeldungen verringerte sich sogar um mehr als die Hälfte. – Man wird nicht fehlgehen, hieraus eine starke Beeinträchtigung unserer Forschungsarbeit abzulesen. Zwar mag diese Beeinträchtigung nicht nur durch die von mir geschilderte besondere Belastung, sondern zu einem Teil auch durch die Überbedelung mancher Institute in die neuen Räumlichkeiten und durch die dadurch zeitweise verursachte Unterbrechung der wissenschaftlichen Institutsarbeit bedingt gewesen sein. Dennoch, so scheint mir, sollten die genannten Zahlen sehr zu denken geben. Je mehr Zeit das wissenschaftliche Personal der Hochschulen auf Sitzungen und Diskussionen und was damit zusammenhängt verwenden muss, ob dies nun notwendig ist oder nicht, umso weniger Zeit steht jedenfalls für wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung.“
9. In dem im Jahre 1996 vom Ordinarius für Metallkunde und Werkstoffprüfung Professor Dr. mont. Dr. h.c. Franz Jeglitsch publizierten Aufsatz „Studienrichtung Werkstoffwissenschaften“ heißt es: „Die hohen Anforderungen, die von technischer Seite an die Werkstoffe gestellt wurden, die zunehmende Vielfalt der Werkstoffe und das immer tiefer werdende wissenschaftliche Verständnis haben Anfang der 60er Jahre im angloamerikanischen Raum zu einer eigenständigen Ausbildung von Werkstoffingenieuren bzw. Werkstoffwissenschaftlern geführt (Materials Engineering, Materials Science). Der große Aufbruch der Montanuniversität Ende der 60er Jahre war Anlaß, diese Gedanken aufzugreifen. In einem Gespräch zwischen dem damaligen Vorsitzenden des Assistentenverbandes, Herrn Dr. Hanke, und dem Verfasser dieses Beitrages wurde der Plan entwickelt, im Hinblick auf die Initiativen im angloamerikanischen Raum im Rahmen der geplanten Auffächerung der Studienrichtung Hüttenwesen einen Studienzweig ‚Werkstoffwesen‘ einzuführen. Der hierarchischen Stellung entsprechend war der Vorschlag ein bescheidener, der an den damaligen Rektor, Herrn Prof. Dr. Fettweis, herangetragen wurde. Der Vorschlag wurde nicht nur positiv aufgenommen, sondern von Prof. Fettweis aktiv bis zur Einrichtung einer eigenen Studienrichtung ‚Werkstoffwissenschaften‘ getragen. So wurde an der Montanistischen Hochschule Leoben als einziger Universität Österreichs und als einer der ersten im deutschsprachigen Raum mit dem Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen vom 10. Juli 1969 ein Studium der Werkstoffwissenschaften eingerichtet. Der knappe Zeitplan und das Engagement aller Beteiligten wird durch die Tatsache sichtbar, dass die Studienrichtung ‚Werkstoffwissenschaften‘ erst in letzter Minute vor Verlautbarung des Studiengesetzes über die montanistischen Studienrichtungen durch einen gemeinsamen Antrag der im Nationalrat vertretenen Parteien ermöglicht wurde – sicher keine ganz alltägliche Entstehungsgeschichte.“

10. Aktenvermerk des Rektors vom 19. Januar 1970: „Dem Rektorat ist im Laufe des vergangenen Jahres bekannt geworden, dass in der Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung Gespräche über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Montanistischen Hochschule geführt worden sind und zwar ohne Heranziehung von Sachverständigen und damit ausschließlich von Herren, denen keine gegenständliche Sachkenntnis zugesprochen werden kann. In diesem Zusammenhang ist von den Erweiterungsbauten der Montanistischen Hochschule als von einer Fehlinvestition gesprochen und diskutiert worden, ob diese Erweiterungsbauten der Montanistischen Hochschule überhaupt zur Verfügung gestellt werden sollen. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft haben in privatem Kreise von einem ‚Todeskampf‘ der Montanistischen Hochschule gesprochen. Diese, angesichts der tatsächlichen Lage völlig absurde Vorstellung, die parallel und unabhängig von den außerordentlich seriösen Vorbereitungen zum nunmehr einstimmig beschlossenen Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen gepflogen wurde, hat naturgemäß zu einem tief greifenden Misstrauen an der Montanistischen Hochschule geführt. Wenn nunmehr eine ‚Bedarfshebung‘ in Auftrag gegeben wird, deren Vorbereitung in den Satz eines Fragebogens gipfelt ‚Wie könnte man die Montanisten durch Absolventen einer eventuell zu errichtenden HTL für Bergwesen ersetzen‘, so erfährt nicht nur dieses Misstrauen eine Bestätigung, es zeigt außerdem die absolute Unkenntnis des Herstellers dieser Fragebögen vom modernen Montanwesen.“

11. Die ausgearbeiteten Fragebögen bestanden aus fünf Gruppen und zwar: 1.) „Fragebogen für Studenten der MHL“ mit 16 Einzelfragen, darunter „Wie beurteilen Sie die Grundausbildung an der MHL, ist sie a) zu oberflächlich b) ausreichend c) zu umfangreich“. Die gleiche Frage wird zur Fachausbildung gestellt. Ferner: „Welche Fächer könnten besser vorgebracht werden?“, sowie „Empfinden Sie eine Provinzstadt wie Leoben als Vor- oder Nachteil für ein Hochschulstudium?“; 2.) „Fragebogen an einen repräsentativen Personenkreis“ mit neun Fragen, darunter „Haben Sie jemals von der Montanistischen Hochschule gehört?; Von wem?“; „Was halten Sie von der Kohlenkrise?“; „Würden Sie einem Bekannten zum Studium an der MHL raten?“; „Würden Sie beim Studium eine Großstadt einer Provinzstadt vorziehen?“; - 3.) „Fragebogen für Studenten bzw. Maturanten“ mit zwölf Fragen, darunter „Warum haben Sie nicht an der MHL inskribiert?“; und „Was ist Ihre Meinung über den Bergbau und das Hüttenwesen?“; „Würden Sie jemandem zum Studium an der MHL raten?“; - 4.) „Fragebogen für Absolventen der Montanistischen Hochschule“ mit 21 Fragen, darunter „Welche zusätzlichen in Leoben jetzt nicht vorgetragene Kenntnisse benötigen Sie?“; „Wie beurteilen Sie die verlangte Praxis, genügt die derzeitige Form oder wären besondere Schwerpunkte festzulegen?“; „Würden Sie zum Montanistikstudium raten?“; „Glauben Sie, dass Ihren Posten eine Person mit weniger intensiver Ausbildung bekleiden kann (etwa ein HTL-Absolvent)“; - 5.) „Fragebogen für Führungskräfte von Betrieben, die Absolventen von der MHL beschäftigen“ mit achtzehn Fragen, darunter „Wie könnte man die Montanisten durch Absolventen einer eventuell zu errichtenden HTL für Bergwesen ersetzen?“; „Halten Sie die Verstaatlichung im Montanwesen für günstig oder nicht?“; „Halten Sie das Berggesetz und das Gehaltschema für günstig, geben Sie Gründe an?“; „Welche Gründe glauben Sie sind maßgebend, dass an der Montanistik weniger Hörer sind als früher?“.

12. Montanistische Hochschule, Rektorat, A-8700 Leoben am 13. Jänner 1970, Zahl 46/1970, Fe/Bg. An das Bundesministerium für Unterricht, Minoritenplatz 5, 1014 Wien **Betrifft:** Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung, Studium der Montanistik in Österreich, Bedarfsuntersuchung. Antrag auf Aussetzung und weitere Klärung. **Bezug:** Erlasse des Bundesministeriums für Unterricht vom 20. Oktober 1969, Zahl 130.344-I/4/69, und vom 2. Dezember 1969, Zahl 143.476-I/4/69, sowie Schreiben des Rektorates der Montanistischen

Hochschule vom 24. November 1969 und 12. Dezember 1969, Zahl 46/1969.- Das Rektorat der Montanistischen Hochschule beehrt sich, dem Bundesministerium für Unterricht nachstehenden Antrag und Bericht zu unterbreiten. - I.) Das Professorenkollegium der Montanistischen Hochschule hat in seiner Sitzung vom 13. Jänner 1970 einstimmig beschlossen, dem Bundesministerium für Unterricht den Antrag vorzulegen, die obgenannte Bedarfsuntersuchung bis zur Klärung schwerwiegender Unklarheiten auszusetzen. Gleichzeitig haben die Herren Hochschulprofessoren Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Manfred Lorbach und Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Albert Oberhofer bis auf weiteres ihre Bereitschaft zurückgezogen, gemeinsam mit N.N. die obzitierte Bedarfsuntersuchung durchzuführen. Auch das Rektorat der Montanistischen Hochschule sieht sich nicht in der Lage, N.N. bis zur Klärung der Angelegenheit weiter zu unterstützen. - Gemäß dem Beschluss des Professorenkollegiums bittet das Rektorat das Bundesministerium und insbesondere, das Institut für Bildungs- und Beratungsforschung und N.N. zu beauftragen, die von dieser Seite offenbar bereits eingeleiteten Erhebungen vorläufig nicht weiter zu verfolgen. - Unmittelbarer Anlass für den Beschluss des Professorenkollegiums war eine erste eingehendere Besprechung zwischen N.N. sowie den Herren Professoren Lorbach und Oberhofer und dem Rektor der Montanistischen Hochschule, deren Inhalt zahlreiche Unklarheiten deutlich werden ließ. Ferner gingen dem Beschluss eingehende Beratungen an der Hochschule sowie insbesondere auch Fühlungen mit maßgebenden Persönlichkeiten des mit der Hochschule verbundenen öffentlichen Lebens und der mit ihr auf das engste verknüpften Industrie voraus. Ebenfalls wurde hiezu das volle Einvernehmen mit den Vertretern der Österreichischen Hochschülerschaft an der Montanistischen Hochschule und des Assistentenverbandes der Montanistischen Hochschule herbeigeführt. - Gleichzeitig ersuchen der Rektor der Montanistischen Hochschule o. Prof. Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Günter B. Fettweis und der Prerektor o. Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Karl Zeppelzauer höflichst um Gewährung einer Vorsprache beim Herrn Bundesminister für Unterricht, um die Beweggründe der Hochschule im einzelnen vorbringen und die Angelegenheit klären zu können. Vorbereitend hiezu erlaubt sich das Rektorat eine kurze Darstellung des Sachverhaltes und der Begründung für den gegenständlichen Antrag vorzulegen: - Nach den obzitierten Erlässen hat das Bundesministerium für Unterricht eine Untersuchung der Nachfragezahlen für Absolventen des Studiums der Montanistik in den Jahren 1969 bis 1980 in Auftrag gegeben. Der genaue Wortlaut des Auftrages lautet: „Ermittlung jener Nachfragezahlen für die Jahre 1969 bis 1980, die sich auf Grund des Bedarfes der Gesellschaft an Absolventen des Studiums der Montanistik ergeben müssten, wenn man den Anschluss an das Ausland nicht verlieren will.“ Die Montanistische Hochschule hat stets erklärt, dass sie eine derartige Erhebung begrüßt und voll unterstützt. Sie hält an dieser Erklärung auch gegenwärtig unverändert fest. - Tatsächlich hat N.N. jedoch mit einer gänzlich andersgearteten Erhebung begonnen. - In diesem Zusammenhang gestattet sich das Rektorat die Ablichtungen der von N.N. für die Untersuchung vorbereiteten Fragebögen vorzulegen [vgl. Anlage I]. - Abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit einer derartigen Inangriffnahme von Untersuchungen geht aus den Fragebögen unter anderem hervor: - 1. Der Stand der montanistischen Wissenschaften und die derzeitigen montanistischen Studienrichtungen, wie sie im Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen ihren Niederschlag gefunden haben, finden nur teilweise Berücksichtigung. (Dies ist im übrigen der Fall, obwohl das Rektorat N.N. eine große Zahl diesbezüglicher Unterlagen zugestellt hatte). - 2. Fragen, die mit der vom Bundesministerium für Unterricht in Auftrag gegebenen Untersuchung zusammenhängen, werden nur am Rande und unzureichend gestellt. - 3. Stattdessen haben die meisten Fragen mit der Themenstellung überhaupt keinen Zusammenhang. - 4. Für die in Auftrag gegebene Bedarfshebung ist der angesprochene Personenkreis nur zu einem sehr geringen

Teil kompetent. – Nach Mitteilung des N.N. soll ein Teil dieser Fragebögen bereits ausgesendet worden sein. – Der vorstehende Sachverhalt erscheint der Montanistischen Hochschule deswegen von besonderem Belang, weil der Bericht über die Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung im Hochschulbericht 1969, Seite 239, folgendes enthält: – „Wegen der besonders stark rückläufigen Studentenzahlen an der Montanistischen Hochschule in Leoben wurde eine Untersuchung zur Durchleuchtung der Probleme dieser Fachhochschule mit dem Ziel in Auftrag gegeben, diese gut ausgestattete Hochschule in Hinkunft besser zu nutzen.“ – Offensichtlich werden die Erhebungen von N.N. eher durch diese Formulierung beeinflusst. Nach Art der Fragestellung in den Fragebögen gehen sie jedoch auch hierüber noch weit hinaus. – Beides entspricht nicht dem klar formulierten Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht. –II.) Hinsichtlich der Aufgabenstellung gemäß Zitat aus dem Hochschulbericht gestattet sich das Rektorat folgendes vorzutragen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese Aufgabenstellung durch die inzwischen eingetretene Entwicklung und insbesondere durch den Erlass des Bundesgesetzes über montanistische Studienrichtungen vom 10. Juli 1969 überholt ist. Das Rektorat ist der sicheren Überzeugung, dass daher auch das Bundesministerium für Unterricht den Auftrag an N.N. gemäß Erlass vom 20. Oktober 1969 in anderer Weise und ausschließlich als Bedarfserhebung formuliert hat. – Im einzelnen sei hiezu noch folgendes bemerkt. Nach Kenntnis des Rektorates haben Besprechungen über die Montanistische Hochschule in der Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung ausschließlich vor Erlass des Bundesgesetzes über montanistische Studienrichtungen und unabhängig von den Vorbereitungen zu diesem Gesetz an der Montanistischen Hochschule und im Bereich der mit ihr verknüpften Wirtschaftszweige, Behörden und Institutionen stattgefunden. Vertreter der Montanistischen Hochschule waren zudem hiebei nur einmal beteiligt. – Das sehr sorgfältig vorbereitete und am 10. Juli 1969 vom Nationalrat einstimmig beschlossene Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen normiert nunmehr eine ebenso organische wie wesentliche Ausgestaltung der Montanistischen Hochschule (siehe Anlage 2). In diesem Zusammenhang sei auch auf die Erläuternden Bemerkungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über montanistische Studienrichtungen sowie auf die Ausführungen der Abgeordneten zum Nationalrat bei der Beschlussfassung über dieses Gesetz (Stenographische Protokolle der 148. Sitzung des Nationalrates) verwiesen. – Bei den Vorbereitungen zu diesem Gesetz war von vornherein und unabhängig von den der Montanistischen Hochschule damals unbekanntem Überlegungen der Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung das von dieser Arbeitsgemeinschaft gemäß Hochschulbericht ins Auge gefasste Ziel einer besseren Nutzung der Hochschuleinrichtungen auch eines des wesentlichen Ziele der Hochschule und der mit ihr verknüpften gesellschaftlichen Kräfte. Es kann keinem Zweifeln unterliegen, dass es das zitierte Bundesgesetz gestattet, dieses Ziel mit dem geringst möglichen Aufwand zu erreichen. Die Anpassung an die moderne technisch-wissenschaftliche Entwicklung und die damit im Zusammenhang stehende Erhöhung des Studienangebotes an der Montanistischen Hochschule hat daher auch bereits im laufenden Studienjahr dazu geführt, dass sich die Zahl der Erstinskribenten an der Montanistischen Hochschule wieder spürbar vergrößert hat. – Das Professorenkollegium ist deshalb auch unverändert der Ansicht, dass eine echte Bedarfsuntersuchung, wie sie der Auftragserteilung durch das Bundesministerium für Unterricht entspricht, und eine darauf aufbauende Öffentlichkeitsarbeit geeignet sind, die bereits eingeleitete positive Entwicklung der Hörerzahlen an der Montanistischen Hochschule weiter zu fördern. Es gestattet sich jedoch darauf hinzuweisen, dass eine solche Erhebung zielführend nur im engsten Einvernehmen mit der Hochschule und insbesondere nur von Fachleuten vorgenommen werden kann, die mit den Problemen der montanistischen Wissenschaften in dem durch das zitierte Bundesgesetz umrissenen

Sinne und den Aufgaben der mit der Montanistischen Hochschule verbundenen Industrie hinreichend vertraut sind. Nur dann sind aussagekräftige Ergebnisse zu erwarten. – III.) Die vorstehenden Darlegungen beruhen nicht zuletzt auf der begründeten Befürchtung, dass die Vorgangsweise bei der durch N.N. in Angriff genommenen Untersuchung – wenige Wochen nach Inkrafttreten des sorgfältigsten vorbereiteten, grundlegenden und vom Nationalrat einstimmig beschlossenen Bundesgesetzes über montanistische Studienrichtungen – geeignet ist, nicht nur der Montanistischen Hochschule Leoben und ihrem internationalen Ansehen, sondern auch der österreichischen Bildungspolitik schwersten Schaden zuzufügen. Schon heute hat sie Bestürzung und Empörung bei Professoren, Assistenten und Studenten und insbesondere auch in den mit der Montanistischen Hochschule verbundenen industriellen und gesellschaftlichen Kreisen hervorgerufen. – Die Montanistische Hochschule ersucht daher auch das Bundesministerium für Unterricht um Verständnis für die aufgezeigte Problemstellung. Im Hinblick auf die Sachlage wird gleichzeitig höflichst um möglichst rasche Entsprechung der gestellten Anträge gebeten: – 1. die Bedarfsuntersuchung bis zur Klärung schwerwiegender Unklarheiten auszusetzen, – 2. das Institut für Bildungs- und Beratungsforschung und N.N. zu beauftragen, die von dieser Seite offenbar bereits eingeleiteten Erhebungen vorläufig nicht weiter zu verfolgen und – 3. dem Rektor und Prorektor der Montanistischen Hochschule Leoben eine Vorsprache beim Herrn Bundesminister für Unterricht zu gewähren, um die Beweggründe der Hochschule vorbringen und die Angelegenheit weiter klären zu können. – Glückauf! Der Rektor [Unterschrift] (o. Prof. Dr.-Ing. Günter B. Fettweis)“

13. Aktenvermerk des Rektors vom 23. Dezember 1969: „Anlässlich seines Besuches an der Montanistischen Hochschule am 22.12.1969 erklärte mir N.N. – 1.) Er sei Steirer und wisse steirische Interessen beim IBB zu vertreten. Wenn wir ihn ablehnten oder es dahin brächten, dass er den ihm erteilten Auftrag zurücklegen müsse (von sich aus), so hätten wir mit einem Gutachter zu rechnen, der der Hochschule Linz nahe stünde und uns nicht wohlgesonnen sei (auf Rückfrage: d. h. zumindest in Zweifelsfällen gegen uns entscheiden würde). – 2.) Er verstehe nicht, warum wir ihn das Gutachten nicht alleine machen lassen. Ich würde immer ein offenes Ohr bei ihm finden. – 3.) N.N. zeigte sich trotz der ihm übersandten zahlreichen Unterlagen außerordentlich uninformiert über die MHL. Insbesondere war es ihm nicht bewusst, dass außer Bergwesen noch andere Studienrichtungen bestehen und dass bei diesen sogar das Schwergewicht liegt. Dies ging auch aus den von ihm ausgearbeiteten Fragebögen hervor. Diese enthalten u. a. die Fragen, Was halten Sie vom Berggesetz?, Kann die Montanistische Hochschule durch eine HTL für Bergwesen ersetzt werden?, Würden Sie Absolventen der MHL einstellen, auch wenn Sie keinen Bergbau betreiben? – Von den genannten Fragebögen nahm keine Frage auf den ihm gemäß Erlass BMfU vom 24. Oktober 1969 erteilten Auftrag Bezug. Die Fragen bezogen sich vielmehr auf die Existenzberechtigung der MHL und die Qualität ihrer Ausbildung.“
14. Aktenvermerk des Rektors vom 19. Januar 1970: „Betrifft: Bedarfserhebung und Untersuchung über die Montanistische Hochschule. – In oben angeführter Angelegenheit fanden insbesondere weitere Besprechungen mit dem Herrn Landeshauptmann von Steiermark und Ehrensensator der Montanistischen Hochschule, Ökonomierat Dr. Josef Krainer, Herrn Generaldirektor der Österreichisch-Amerikanischen Magnesit AG und stellv. Vorsitzender des Fachverbandes der Bergwerke und Eisen erzeugenden Industrie, Dipl.-Kfm. Dr. Dr. W. Wick, und dem Vorsitzenden der Österreichischen Hochschülergesellschaft der Montanistischen Hochschule, Herrn cand. ing. E. Klotz, statt. – Herr Landeshauptmann Dr. Krainer erklärte ausdrücklich, dass er über die Art der Untersuchung empört sei und dieshalb auch bereits mit dem Herrn Bundesminister für Unterricht gesprochen habe. Er teilte die Auffassung des

Rektors, dass bei der Entwicklung der Dinge die Weiterführung der Untersuchung durch N.N. nicht zielführend sei. - In gleicher Weise äußerte sich Herr Generaldirektor Dipl.-Kfm. Dr. Dr. Wick. Nach den von ihm eigens eingeholten Informationen ist N.N. ungeachtet seiner vorhandenen Qualifikation auf anderem Gebiet für die gegenständliche Untersuchung absolut ungeeignet. Er werde daher seitens der Industrie alles unternehmen, um den mit der laufenden Angelegenheit verbundenen Schaden abzuwehren. Ein entsprechendes Schreiben habe er bereits an den Herrn Bundesminister für Unterricht gesandt, das mit der Aufforderung ‚Sofort einstellen und vergessen‘ schließt. Sofern dies nicht zum erforderlichen Ergebnis führt, wird er sich unmittelbar an den Herrn Bundeskanzler wenden. - Der Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerschaft erklärte, dass die Hochschülerschaft N.N. auf jeden Fall und unabhängig von der Stellungnahme des Professorenkollegiums als Gutachter über Fragen der Montanistischen Hochschule ablehnt. Sie werde, wie er sagte, mit den massivsten Mitteln gegen die geplante Untersuchung vorgehen und dabei auch die Frage an die Öffentlichkeit bringen, sofern es nicht zu einer befriedigenden Klärung kommt. Er war erstaunt darüber, dass das Rektorat auf seine Eingabe, die im Einvernehmen mit der Österreichischen Hochschülerschaft erfolgt war, bis zum Wochenende noch keine Antwort erhalten hatte und erklärte, dass die Hochschülerschaft als nächsten Schritt sich unmittelbar, wahrscheinlich über Fernschreiber, an den Herrn Bundesminister für Unterricht wenden wird.“

15. Aktenvermerk des Rektors vom 26. Jänner 1970: „Am 22. Jänner fand um 16.00 Uhr beim Bundesministerium für Unterricht und auf Einladung des Herrn Bundesministers eine Besprechung in der oben genannten Angelegenheit statt. An dieser Besprechung nahmen teil von Seiten des BMfU Herr Bundesminister Dr. Mock, Herr Sektionschef Dr. Dr. Brunner, Herr Sektionsrat Dr. Drischel, Herr Dipl.-Ing. Schattovits, von Seiten der Montanistischen Hochschule Rektor Prof. Dr. Fettweis, Prorektor Prof. Dr. Zeppelzauer, Prof. Dr. Oberhofer, und in persönlicher Begleitung des Rektors Lehrbeauftragter Dr. Lechner. - Der Rektor schildert die Entwicklung der Angelegenheit und stellt erneut fest, dass die Montanistische Hochschule sich in keiner Weise gegen eine Untersuchung des Bedarfes an ihren Absolventen wendet, sondern eine derartige Untersuchung sogar begrüßt und voll unterstützt. Schwerwiegende Einwände bestehen jedoch sowohl gegen die Art der bisher aufgenommenen Arbeiten der in Auftrag gegebene Untersuchung, als auch gegen die Person des beauftragten N.N. - Der Bundesminister stellt nach Diskussion fest: ...“ - Es folgen im Aktenvermerk die auch im Haupttext auf Seite 18 wiedergegebenen vier Punkte der Feststellung des Herrn Bundesministers Dr. Alois Mock.
16. In seiner am 22. November 2007 vorgetragenen Laudatio auf Univ.-Prof. i. R. Dipl.-Ing. Dr. mont. Erich Lechner aus Anlass von dessen 70. Geburtstag (16) hat der Berichterstatter zu Ehren des Jubilars u. a. drei gemeinsame Erlebnisse erzählt, davon eines wie folgt: „Das zweite Erlebnis fiel in meine Rektorszeit 1968 bis 1970 und betraf die Abwehr eines Angriffs auf die Existenz der Montanistischen Hochschule Leoben. Die während der Regierung Klaus etablierte Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung an dem damaligen Bundesministerium für Unterricht, in der sich auch politisch sehr einflussreiche Personen befanden, hatte Ende 1968, als es nur 82 statt wie heuer über 400 Erstinskriptionen an unserer Universität gab, den Beschluss gefasst, der Bundesregierung zwecks Einsparungsmaßnahmen die Schließung unserer Hochschule als der je Student teuersten in Österreich zu empfehlen. Die vor der Fertigstellung stehenden Neubauten sollten für andere Zwecke vorgesehen werden. Das Bundesministerium für Unterricht ordnete daraufhin zunächst eine Bedarfsuntersuchung an. Mit mehreren zehntausend Fragebögen sollte die Notwendigkeit eines Studiums der Montanistik in Österreich kritisch geprüft werden sowie die Möglichkeit,

die Hochschule durch Verlegungen nach Graz oder Linz und durch die Leobener Berg- und Hüttenschule zu ersetzen. Ich kann hier nicht den streckenweise sehr dramatischen Ablauf unserer Aktionen zur Verhinderung dieser Infragestellung der Leobener Hochschule im Einzelnen schildern - mit Einbeziehung natürlich auch der Landesregierung und des Fachverbandes. Die Angelegenheit wurde nicht zuletzt auch dadurch erschwert, dass ihre Abschlussphase in den damaligen Wahlkampf zum Nationalrat fiel und wir daher bemüht waren, sie wenn eben möglich nicht öffentlich werden zu lassen. - Am 22. Jänner 1970 hatte ich jedenfalls gemeinsam mit Prorektor Prof. Dr. Zeppelzauer und zusätzlich Prof. Dr. Oberhofer eine Vorsprache bei dem Bundesminister für Unterricht Dr. Alois Mock. Ich erläuterte dem Bundesminister die Gefahren, die unseres Erachtens bereits mit dieser Infragestellung für die Montanistische Hochschule verbunden waren, und ich kündigte vorsichtig auch meinen öffentlichen Rücktritt für den Fall einer Fortsetzung der Untersuchung an. Bundesminister Mock zeigte allerdings trotz seines freundlichen Umgangs mit uns wenig Bereitschaft, einen Rückzieher zu machen. Während der Besprechung rief dann aber Bundeskanzler Klaus an und wir wurden hinausgebeten. Anschließend teilte uns Bundesminister Dr. Mock mit, dass er die Bedarfsuntersuchung vorläufig aussetzen werde. - Durch den Wechsel der Bundesregierung im Anschluss an die wenige Wochen später stattgefundene Nationalratswahl ist die ganze Angelegenheit dann obsolet geworden. - Warum erzähle ich dies? Der damalige höchste Beamte Österreichs, der Leiter der Präsidialsektion des Bundeskanzleramtes, Sektionschef Dr. Jiresch, war aus Studienzeiten ein enger Freund des Vaters von Erich Lechner. Und eine unserer Aktivitäten zur Abwehr der vorgesehenen Bedarfsuntersuchung hatte - aufgrund eines entsprechenden Hinweises und mit Hilfe von Erich Lechner - darin bestanden, über seinen Vater und Sektionschef Jiresch den Bundeskanzler einschlägig zu informieren. Um das Ganze sicherzustellen, war Erich Lechner im Übrigen auch auf die Reise nach Wien mitgefahren. Heute, fast 38 Jahre und damit jedenfalls mehr als 30 Jahre später, darf man diese Angelegenheit wohl erzählen.“

17. In seinem Rundschreiben 10/1972 betreffend „Wahl des Prorektors für das Sommersemester des Studienjahres 1971/72“ teilte der amtsführende Rektor Professor Dr. Arno Wilhelm Reitz u. a. folgendes mit: „Herr Prorektor, Magnifizenz o. Prof. Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Günter B. FETTWEIS, hatte dem Professorenkollegium in der 3. ordentlichen Kollegiumssitzung des Studienjahres 1971/72 am 15.12.1971 seinen Entschluß bekanntgegeben, seine akademische Funktion mit Ende des Wintersemesters 1971/72 niederzulegen. Der Herr Prorektor beabsichtigte damit ausdrücklich im Sinne der Empfehlungen zur Hochschulstrukturreform der Österreichischen Rektorenkonferenz, an denen er maßgeblich mitgewirkt hat, dem Professorenkollegium die Möglichkeit zu bieten, die Kontinuität im Vorsitz der akademischen Behörden und in der Vertretung der Hochschule nach außen zu fördern und zu stärken. - Das Kollegium hatte diesen Entschluß einhellig zur Kenntnis genommen und auf Antrag des Rektors beschlossen, im Sinne von § 23 HOG. 1955, BGBl. Nr. 54/1955, für das Sommersemester 1971 einen Prorektor neu zu wählen.“ Gewählt worden ist sodann der Ordinarius für Tiefbohrtechnik und Erdölgewinnung, Professor Dr. Manfred Lorbach, und zwar deswegen, weil er auch als Nachfolger von Professor Reitz vorgesehen war und sich somit schon in seine Aufgaben als zukünftiger Rektor einarbeiten konnte.
18. Zu dem ersten der beiden im Haupttext genannten Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeiten des Berichterstatters vor seiner Rektorszeit, der gebirgsmechanisch ausgerichtet gewesen ist, mögen aus dem Band III der Sitzungsberichte des 1. Internationalen Kongresses der Internationalen Gesellschaft für Felsmechanik im Jahre 1966 die Worte von Dr. Karl-Heinz Höfer, Vorsitzender der Sektion Gesteinszerlegung des Kongresses zitiert werden, mit denen dieser einen

Kongressbeitrag des Berichterstatters und seiner Mitarbeiter Peter Reska und Horst Wagner zum Thema „Der Einfluss der Gesteinsfestigkeit und des Bohrandrucks auf die Bohrgeschwindigkeit“ eingeführt hat: „Herr Professor Fettweis hat schon auf dem Kongress in Salzburg Fragen des Bohrens in den Kreis der Felsmechanik eingeführt und somit in Europa den ersten Schritt zur Einbeziehung der Gesteinszerlegung in die Felsmechanik getan.“ (32, S. 414). Bei dem „Kongress in Salzburg“ handelt es sich um die seit 1948 bestehende Reihe der Geomechanikkongresse der Österreichischen Gesellschaft für Geomechanik, deren stellvertretender Vorsitzender der Berichterstatter mehrere Jahre war.

Der zweite Schwerpunkt vor der Rektorszeit gruppiert sich um die intensive Mitwirkung an der Erarbeitung und Herausgabe des dreibändigen „Atlas of Mining Methods“ von Bohuslaw Stoces und Mitverfassern in den Jahren 1963-1967 (33). Der hochverdiente tschechische Bergbauprofessor Stoces hat vor einer schweren Erkrankung, die zu seinem Tode führte, die Unterlagen zu diesem mehrsprachigen Werk dem Berichterstatter zukommen lassen, der sie inzwischen an das Bergbauarchiv Bochum weitergegeben hat.

Der Schwerpunkt Kohlenbergbau, der sich nach der Rektorszeit entwickelte, hat – zusätzlich zu zahlreichen Aufsätzen – im Jahre 1976 zu dem auch ins Englische übersetzten Buch „Weltkohlenvorräte - Eine vergleichende Analyse ihrer Erfassung und Bewertung“ geführt (34, 35). Zu diesem Buch findet sich in dem im Jahre 2008 erschienenen Aufsatz „Zur Frage der Versorgungssicherheit mit fossilen Energieträgern“ der Leobener Ordinarien H. Wagner (Professor für Bergbaukunde, Bergtechnik und Bergwirtschaft als Nachfolger des Berichterstatters) und H. Hofstätter (Professor für Petroleum Production and Processing) die folgende Aussage (36, S. 310): „Betreffend die Beurteilung der Kohlenvorräte stellt die umfassende Arbeit von Fettweis aus dem Jahre 1976 immer noch die wesentliche Grundlage dar.“ Zum einschlägigen wissenschaftlichen Schwerpunkt des Berichterstatters gehört ferner auch das im Jahre 1973 erschienene Buch „Kohle“, Band II der Reihe „Energiepolitische Perspektiven für Österreich 1975 – 1980 – 1985“ von H. H. Hinterhuber (Hrsg.) (37).

Für den Schwerpunkt Lagerstättenbewirtschaftung bzw. Geobergbaubedingungen steht vor allem das gemeinsam mit Heinz Gentz und Rudolf von der Gathen verfasste Buch „Die elementaren Produktionsfaktoren des Bergbaubetriebs“ aus dem Jahre 1990, das zur Hälfte den Produktionsfaktor Lagerstätte als Beitrag des Berichterstatters zum Thema hat und das als Band I der dreibändigen „Bergwirtschaft“ von Siegfried von Wahl erschienen ist (38). Als ein jüngeres Ergebnis der diesbezüglichen Arbeiten kann die Mitautorenschaft des Berichterstatters an den im Jahre 1997 publizierten mehrsprachigen Richtlinien der Vereinten Nationen zur Erfassung und Beurteilung von Lagerstätten angeführt werden (39). Der Berichterstatter war – nach einer gleichartigen Tätigkeit bei den UN in New York nach Beendigung seiner Rektorszeit in den 1970er Jahren – von 1993 bis 2000 Mitglied einer diesbezüglichen Expertengruppe bei den Vereinten Nationen in Genf.

Als ein weiterer Schwerpunkt nach der Rektorszeit haben sich Untersuchungen zu Systematik, Struktur, Entwicklung, Bedeutung und Tendenzen sowohl des Bergbaus selbst als vor allem auch der Bergbauwissenschaften entwickelt sowie nach der Emeritierung des Berichterstatters auch Arbeiten zur Montangeschichte im engeren Sinne. In diesem Zusammenhang kann gleichfalls auf zwei Bücher verwiesen werden (11, 40). Mit den Vorbereitungen für ein Buch „Über die Bergbaukunde – Vom Werden, Wesen und Wirken des Kernfachs der Bergbauwissenschaften“ hat der Berichterstatter begonnen. Nach seiner Emeritierung sind außerdem Fragen der Bergbausicherheit und des Bergrechts, vor allem aus Anlass des Grubenunglücks von Lassing im Jahre 1997 und zum Teil gemeinsam mit seinem Nachfolger Professor Dr. Horst Wag-

ner als ein Arbeitsschwerpunkt hinzugetreten. Allerdings ist dazu außer Zeitschriftenaufsätzen bisher nur ein Beitrag zu einem Buch erschienen (41).

10. Schrifttum:

- (1) Fettweis, Günter B. L.: Zur Entstehung der Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften an der Montanuniversität Leoben im Studienjahr 1968/69 – Teil I: Allgemeines und Kunststofftechnik. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 153 (2008), S. 351-355.
- (2) Fettweis, Günter B. L.: Zur Entstehung der Studienrichtungen Kunststofftechnik und Werkstoffwissenschaften an der Montanuniversität Leoben im Studienjahr 1968/69 – Teil II: Werkstoffwissenschaften und Resümee. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 153 (2008), S. 450-453.
- (3) Jeglitsch, Franz: Studienrichtung Werkstoffwissenschaften. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 141 (1996), S. 472-477.
- (4) Fettweis, Günter B.: Zur Entwicklung der Montanistischen Hochschule. a) In: Leobener Hochschulreden IV, Kunstdruckerei Horst, Leoben 1968, S. 5-26; b) BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 114 (1969), S. 32-40.
- (5) Fettweis, Günter B.: Aufgaben und Probleme der Leobener Hochschule. a) In: Leobener Hochschulreden V, Kunstdruckerei Horst, Leoben 1970, S. 1-35; b) BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 115 (1970), S. 21-31.
- (6) Fettweis, Günter B.: 1. Leobener Kunststofftagung. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 115 (1970), S. 61-62.
- (7) Fettweis, Günter B.: Von der Mineralgewinnung bis zum Werkstoffwesen. In: Die Presse - Unabhängige Zeitung für Österreich vom 20. Februar 1970: Die Montanistische Hochschule Leoben – Sonderbeilage – Rohstoffingenieure, Werkstoffingenieure, Zukunftsingenieure. Großformat, 18 S., S. I und II.
- (8) Fettweis, Günter B.: Zu den Erweiterungsbauten und zum Ausbau der Montanistischen Hochschule. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 115 (1970), S. 81-86.
- (9) Fettweis, Günter B.: Die Montanistische Hochschule in den Studienjahren 1968/69 und 1969/70. a) in: Leobener Hochschulreden VI, Kunstdruckerei Horst, Leoben 1970, S. 5-23; b) BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 116 (1971), S. 29-34.
- (10) Sturm, Friedwin: Statistische Daten. In: Sturm, Friedwin (Hrsg.): 150 Jahre Montanuniversität Leoben 1840-1990. Akademische Druck- und Verlagsanstalt, Graz 1990. 824 S., S. 119-134.
- (11) Fettweis, Günter B. L.: Zur Geschichte und Bedeutung von Bergbau und Bergbauwissenschaften – 21 Texte eines Professors für Bergbaukunde zur Entwicklung des Montanwesens in Europa und speziell in Österreich. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2004. 543 S.
- (12) Fettweis, Günter B. L.: Über Gutes im Bösen. Zum Artikel „Bergbau im Wandel – Lassing und die Folgen für den Bergbau, die Bergbauwissenschaften und die Montangeschichte“ von Helmut Lackner, res montanarum 29/2002. res montanarum, Zeitschrift des Montanhistorischen Vereins Österreich – Jänner 2008, Karl Stadlober zur Vollendung des 80. Lebensjahres – 43/2008, S. 50-87.
- (13) Reitz, Arno W.: Energie und Ethos – Reden, Vorträge und Aufsätze. Verlag Hermann Böhlau Nachf., Wien-Köln-Graz 1986. 276 S.
- (14) Verband sozialistischer Studenten, Sektion Leoben; Für den Inhalt verantwortlich: Rudolf Streicher: die kleine reform – Dringlichkeitsprogramm des VSSTÖ das im Rahmen des Hochschulkonvents diskutiert werden soll; Eine Broschüre

- des progressus Zeitschrift des Verbandes sozialistischer Studenten/Sektion Leoben. 11 S.
- (15) Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Hrsgb.): Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen. Österreichische Studienvorschriften, Textausgabe, Heft 13, Wien 1983. 20 S.
 - (16) Fettweis, Günter B. L.: Laudatio für Univ.-Prof. i. R. Dipl.-Ing. Dr. mont. Erich Lechner aus Anlass seines 70. Geburtstages. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 153 (2008), S. 45-50.
 - (17) Höflechner, Walter: Die österreichische Rektorenkonferenz 1911-1938, 1945-1969. Verein zur Förderung der Rektorenkonferenz, Wien 1993. 427 S.
 - (18) Reitz, Arno W.: Entstehungsgeschichte des Erich-Schmid-Institutes für Festkörperphysik der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. In: Reitz, Arno W.: Energie und Ethos – Reden, Vorträge und Aufsätze. a.a.O. (13.), S. 205-212.
 - (19) Österreichische Rektorenkonferenz als Hrsgb.: G. B. Fettweis, H. Köhler, W. Kraus, W. Waldstein und R. Wurzer: Empfehlungen der Österreichischen Rektorenkonferenz zur Neugestaltung der Universitätsorganisation. a) In: Österreichische Rektorenkonferenz – Jahrbuch. Wien: O. V. 1969/70, S. 9-43. – b) Neuerliche Veröffentlichung. Im Auftrage der Österreichischen Rektorenkonferenz herausgegeben vom ständigen Ausschuss für Information und Öffentlichkeitsarbeit, Wien 1972, 44 S.
 - (20) Fettweis, Günter B.: Die Studienkommissionen unter der Lupe. Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung (ibf), Wien, 15.4.1971, S. 5/6.
 - (21) Fettweis, Günter B.: „Schwierigkeiten in Hülle und Fülle“, Bericht über eine Studienreise in die Bundesrepublik Deutschland und in die Schweiz. a) Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung (ibf) Wien, 15.8.1971, S. 2-3; b) „Müssen wir ausländischen ‚Vorbildern‘ folgen?“ Neuerliche Veröffentlichung des Reiseberichtes „Schwierigkeiten in Hülle und Fülle“. In: Österreichische Rektorenkonferenz: Zur Diskussion um die Hochschulreform – Mitbestimmung, O. V. Wien 1972, S. 15-17.
 - (22) Fettweis, Günter B.: BRD-Hochschulen: Mislungene Reform als Warnung, Interview über die Beobachtungen der Professoren auf der PHK-Studienreise. Österreichische Hochschulzeitung 23, Nr. 12, 15.8.1971, S. 1-2.
 - (23) Wöber, Georg L. F.: Schriftenverzeichnis des Institutes für Bergbaukunde, Bergtechnik und Bergwirtschaft 1840-1993. Wissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Bergbaukunde, Bergtechnik und Bergwirtschaft, Band IV, Leoben 1993. 288 S.
 - (24) N.N.: Bibliographie von Professor Günter B. L. Fettweis (Liste wissenschaftlicher Arbeiten) 1951-1999. res montanarum Zeitschrift des Montanhistorischen Vereins für Österreich 22/1999, S. 26-42.
 - (25) Fettweis, Günter B. L.: Ergänzung zur Bibliographie in res montanarum 22/1999 – Ein autobiographischer Vermerk, res montanarum Zeitschrift des Montanhistorischen Vereins für Österreich 28/2002, S. 29-32.
 - (26) N.N.: Bibliographie von Professor Günter B. L. Fettweis (Liste wissenschaftlicher Arbeiten) 2000-2004. res montanarum Zeitschrift des Montanhistorischen Vereins für Österreich 34/2004, S. 6-8.
 - (27) Fettweis, Günter B.: Arbeiten am Institut für Bergbaukunde der Montanuniversität Leoben in den Jahren 1959-1984. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 129 (1984), S. 259-277.
 - (28) Fettweis, Günter B. L.: Aspekte meiner Weltsicht nach 56 Jahren als Bergingenieur – ein autobiographischer Vermerk. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 152 (2007), S. 97-100.
 - (29) Fettweis, Günter B. und Erich M. Lechner, Institut für Bergbaukunde. In: Sturm, Friedwin (Hrsgb.): 150 Jahre Montanuniversität Leoben 1840-1990. Akademische Druck- und Verlagsanstalt, Graz 1990, 824 S.; S. 351-362.
 - (30) Jontes, Günther und Günter Schilhan: Vom Anschluss bis zum Staatsvertrag – Die Steiermark 1938-1955. Akademische Druck- und Verlagsanstalt, Graz 2007. 247 S.
 - (31) Hoor, Ernst: Erzherzog Johann als Reichsverweser. Österreichischer Bundesverlag, Wien 1981, 244 S.
 - (32) Internationale Gesellschaft für Felsmechanik: Sitzungsberichte des Ersten Internationalen Kongresses der Internationalen Gesellschaft für Felsmechanik, Lissabon 1966, Band III Ereignisse und Diskussionen. Laboratório Nacional De Engenharia Civil, Lisboa-Portugal, 1967, 691 S., S. 414.
 - (33) Stoces, Bohuslav gemeinsam mit G. B. Fettweis et al.: Atlas of Mining Methods, Volume 1 – Verlagsdruckerei C. T. Kartenberg, Herne 1963; Volume 2 - Selbstverlag der Verfasser, Prag 1966, Volume 3 – Selbstverlag der Verfasser, Prag 1967; zusammen 118 Tafeln mit Erläuterungen in Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch und Russisch.
 - (34) Fettweis, Günter B.: Weltkohlenvorräte – Eine vergleichende Analyse ihrer Erfassung und Bewertung. Verlag Glückauf GmbH, Essen 1976, 435 S.
 - (35) Fettweis, Günter B.: World Coal Resources – Methods of Assessment and Results. Elsevier Scientific Publishing Co., Amsterdam/Oxford/New York 1979; 415 S.
 - (36) Wagner, H. und H. Hofstätter: Zur Frage der Versorgungssicherheit mit fossilen Energieträgern Teil 1: Allgemeines und Kohle. BHM Berg- und Hüttenmännische Monatshefte 153 (2008), S. 309-314.
 - (37) Fettweis, Günter B. unter Mitarbeit von Erich Lechner: Kohle – Band II von H. H. Hinterhuber (Hrsgb.): Energiepolitische Perspektiven für Österreich 1975 – 1980 – 1985. Selbstverlag des Instituts für Bergbaukunde der Montanistischen Hochschule, Leoben 1973. 195 S.
 - (38) Fettweis, Günter B. gemeinsam mit Heinz Gentz und Rudolf von der Gathen: Die elementaren Produktionsfaktoren des Bergbaubetriebs. (Wahl, S. v. Hrsgb.: Bergwirtschaft, Band 1). Verlag Glückauf GmbH, Essen 1990, 299 S.
 - (39) Fettweis, Günter B. L. gemeinsam mit D. Kelter & al: United Nations International Framework Classification for Reserves/Resources – Solid Fuels and Mineral Commodities (auch in chinesischer, deutscher, französischer, portugiesischer, russischer und spanischer Sprache). United Nations Economic and Social Council, Economic Commission for Europe, Committee on Sustainable Energy, Geneva 1997, 174 S.
 - (40) Fettweis, Günter B. und Günther Hamann: Über Ignaz von Born und die Societät der Bergbaukunde, 2. Auflage. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1989, 155 S.
 - (41) Fettweis, Günter B.: Zur Entwicklung und Struktur des Bergrechts in Österreich und zur „Erosion“ dieses Sonderrechts im 20. Jahrhundert, generell und speziell durch das Mineralrohstoffgesetz vom Barbaratag 1998 – Ein erweiterter Diskussionsbeitrag unter Berücksichtigung von Entwicklungen in Gesellschaft und Bergbau. In: Ingenhaeff, Wolfgang und Johann Bair (Hrsgb.): Bergbau und Recht – 5. Internationaler Montanhistorischer Kongress Schwaz 2006, Tagungsband. Berenkamp-Verlag, Wien/Innsbruck 2007. 328 S., S. 69-123.